



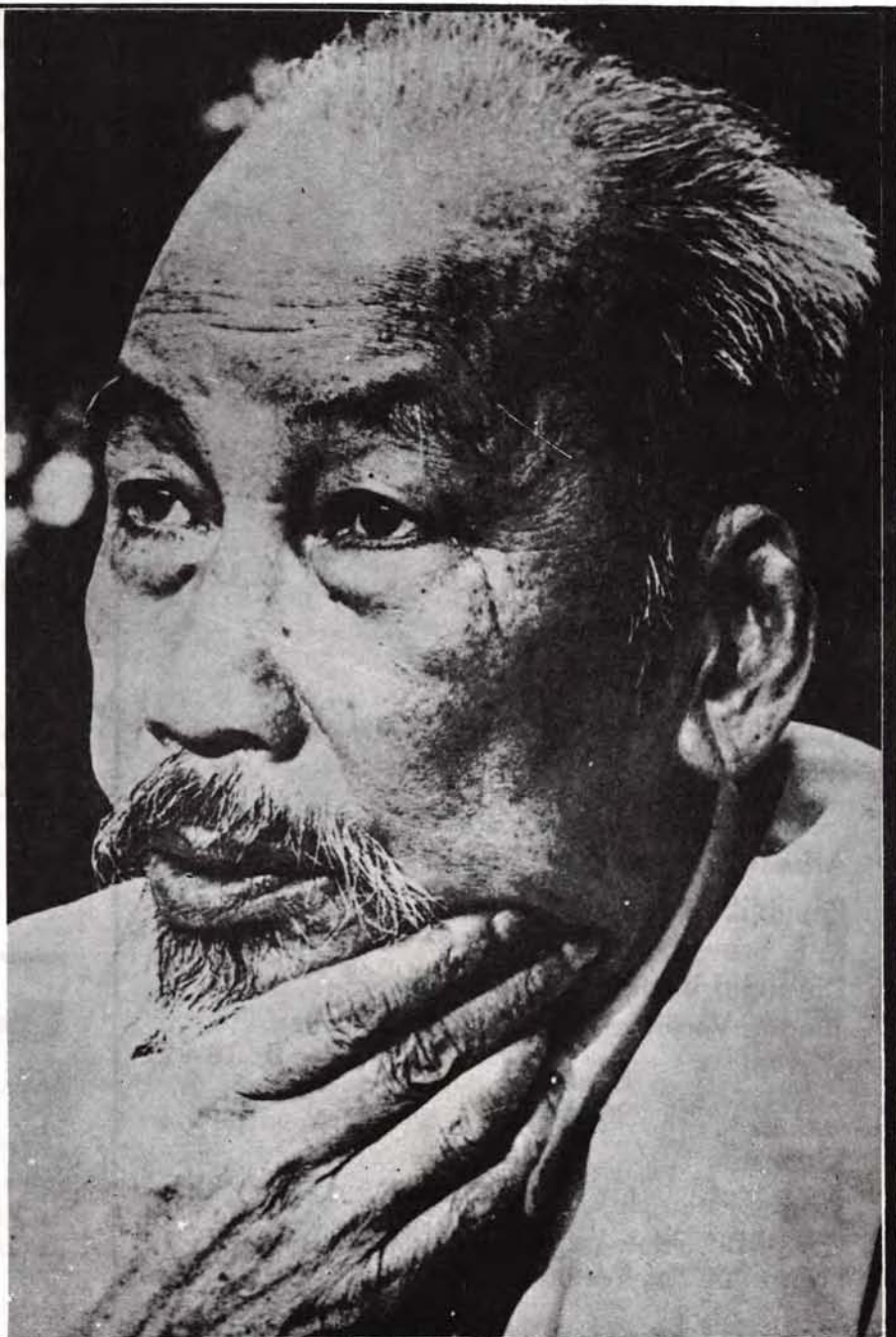
Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 1,50 DM

HO CHI MINHS VERMÄCHTNIS

Im patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression werden wir gewiß noch größere Schwierigkeiten ertragen, neue Opfer bringen müssen, aber der völlige Sieg ist unausweichlich.

Das ist absolut gewiß. Wenn dieser Tag gekommen ist, möchte ich eine Reise durch den Norden und den Süden machen, um unseren Landsleuten zu gratulieren, unseren heldenhaften Offizieren und Soldaten, um unsere alten, unsere jungen Menschen, unsere vielgeliebten Kinder aufzusuchen.



Inhalt u. a.

Die Befreiung Südvietnams – BRD-Kirchen und Antirassismus-Programm – Indonesien: Ausverkauf unter dem Suharto-Regime, Länderübersicht – Arbeiterbewegung in Südafrika – Palästina: Ein Israeli spricht

Nr. 5/1975

Inhaltsverzeichnis

5 Jahre AIB	S. 3
Südvietnam	
Jutta von Freyberg	
Die Organisierung des neuen Lebens	S. 4 – 6
Stationen des Sieges	S. 5
Indonesien	
Sudiman Satiadjaja	
Die Politik des Ausverkaufs unter dem Suharto Regime	S. 7 – 11
Allgemeine Daten	S. 8 – 9
Palästina/Israel	
Dr. Israel Shahak	
Die israelische Unrechtspolitik gegen die Palästinenser	S. 12 – 14
Brasilien	
Appell der Kommunistischen Partei Brasiliens	S. 15
Arbeiterbewegung	S. 16 – 17
Republik Südafrika	
R. E. Braverman	
Die südafrikanische Arbeiterklasse: Jüngste Veränderungen, neue Aussichten (1. Teil)	S. 18 – 22
Kirchen	
Pfarrer Heinrich Werner	
Die BRD-Kirchen gegen das Antirassismus- Programm des Weltkirchenrates	S. 23 – 26
Kurzinformation	
Iran, Naher Osten, Republik Südafrika	S. 27 – 28

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner (presserecht-
lich verantwortlich), Wolfram Bröner, Wolfgang Rit-
ter, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psc.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Bottenberg, P. Dietzel, D. Fendt, M. Hellmann,
Th. Kröter, M. Passolt, B. Pflug, E. Probst, E. Ru-
dolph, B. Schwiening.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 17. Mai 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeige und Beilagen: :

- Anzeige der Informationsstelle Südliches Afrika:
Dokumentation Facharbeiter nach Südafrika
- Werbekarte der Deutschen Volkszeitung
- Werbekarte des Antiimperialistischen Informa-
tionsbulletins

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PScA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

5 Jahre AIB

Vor fünf Jahren, im Juni 1970, erschien das Antiimperialistische Informationsbulletin (AIB) mit seiner ersten Ausgabe. Daß gleich in Nr. 1 und Nr. 2 des AIB so wichtige Dokumente wie die "Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker" vom 25. April 1970, das "Politische Programm der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha" (F.U.N.K.), das "Politische Programm der Patriotischen Front von Laos" erstmals in Deutscher Sprache vorgelegt wurden, sollte - ebenso wie der Abdruck eines exklusiven Interviews mit Amilcar Cabral (PAIGC) - charakteristisch für die weitere AIB-Arbeit sein.

Ausgehend von der Feststellung, daß mit dem Zusammenbruch des Kolonialsystems und einer weltweiten Schwächung der Positionen des Imperialismus die Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas stetig wächst, formulierte das AIB bei seiner Gründung folgende Aufgaben für seine Arbeit in der Bundesrepublik:

1. den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellungen zu dokumentieren;
2. den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufzudecken;
3. den antiimperialistischen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein zu rücken;
4. die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten."

Bei der Herausbildung und Verbreiterung der Solidaritätsbewegungen zu Indochina, den ehemaligen portugiesischen Kolonien, Chile oder dem Südlichen Afrika hat das AIB in den letzten Jahren mit seinen regelmäßigen Veröffentlichungen und mit verschiedenen Sondermaterialien einen nicht unbedeutenden Beitrag geleistet. Über andere in den Brennpunkt des internationalen Geschehens gerückte Länder bzw. Regionen wie Bangla Desh, Palästina, den Nahen und Mittleren Osten oder das Kurdenproblem im Irak wurde im AIB schon frühzeitig und ausführlich berichtet.

Wirft man einen Blick auf die jährlichen Inhaltsverzeichnisse des AIB oder auf den Katalog aller bisher erschienenen AIB-Ausgaben, so wird man nicht nur zu dem Ergebnis gelangen, daß nahezu alle relevanten Dokumente und Materialien der Befreiungsbewegungen im Laufe der Zeit abgedruckt wurden, sondern man wird auch feststellen können, daß eine Vielzahl allgemeiner Themen wie Erdöl- und Roh-

stofffragen, Neokolonialismus, nichtkapitalistischer Entwicklungsweg, Frauenbewegung oder internationale Organisationen zunehmend Berücksichtigung fanden.

Nach fünf Jahren ehrenamtlicher Arbeit am und mit dem AIB haben die Herausgeber und Redaktionsmitglieder offen gesagt ein gutes Gefühl: Wir haben einen Beitrag zur Entwicklung der politischen und materiellen Solidaritätsbewegung in unserem Land geleistet und geholfen, den Geist des Internationalismus zu fördern, um gemeinsam mit allen demokratischen Kräften den Hinterlassenschaften des Kalten Krieges und dem starken Druck der Rechtskräfte entgegenzutreten.

Wir teilen in diesen Tagen die Freude aller, die begeistert den vollständigen Sieg des kambodschanischen und vietnamesischen Volkes und die großen Erfolge der laotischen Patrioten feiern. Wir freuen uns aber auch über relativ kleine Erfolge, z.B. über die Tatsache, daß die Zahl der Abonnenten des AIB im Laufe der fünf Jahre seiner Existenz stetig gestiegen ist.

Dennoch wissen wir, daß unsere Arbeit verbesserungswürdig ist und was liegt näher, als nach fünf Jahren publizistischer Arbeit nun einmal die Leser dieses Bulletins zu befragen. Wie beurteilen Sie unsere Konzeption, den Inhalt, die Aufmachung und die Chancen einer noch intensiveren Verbreitung? Was gefällt Ihnen und was gefällt Ihnen gar nicht? Auf welche inhaltlichen Fragen sollten wir unser Augenmerk richten, was ist zu kurz gekommen und welche Themen sollten neu aufgenommen werden? Auch unsere Leser sind realistisch genug, um zu wissen, daß wir aus materiellen Gründen künftig sicherlich keinen Mehrfarbdruck und noch teureres Papier verwenden können. Trotzdem glauben wir, daß Sie uns Vorschläge und Anregungen zur besseren Gestaltung unterbreiten können.

Um Ihre Beurteilung zu erfahren, bitten wir Sie, den in der Mitte dieses Heftes eingelegten Fragebogen auszufüllen und bis zum 1. August 1975 an die Redaktion einzuschicken. Darum bitten wir Sie herzlich. Die Umfrage wird natürlich nur dann ihre Aufgabe erfüllen können, wenn möglichst viele Leser sich an ihr beteiligen. Der eingeschickte Fragebogen ist für Sie eine Form der Mitbestimmung und für uns eine große Hilfe.

Vielen Dank

Die Herausgeber
und die Redaktion des AIB.



Jutta von Freyberg

Die Organisierung des neuen Lebens

Kaum hatten die letzten Amerikaner in Panik Saigon verlassen, als ihre einstige Hauptstütze in Südvietnam, die Marionettenarmee, plündernd und brandschatzend die US-Botschaft stürmte. Doch im Unterschied zu anderen Städten wie Da Nang und Hué, deren Bevölkerung von den flüchtenden Marionettensoldaten mit Raub, Vergewaltigung und Terror heimgesucht wurde, war in Saigon der Alptraum schnell vorbei. Die Truppen der Befreiungsstreitkräfte zogen, ohne auf wesentliche Gegenwehr zu stoßen, am 30. April 1975 in Saigon ein. Mit Jubel oder Erleichterung begrüßt von den einen, von den anderen mit Ungewißheit, Mißtrauen und angstvoller Erwartung betrachtet.

Am 1. Mai d.J. nahm der Saigoner Rundfunk, der Sender "Befreiung", seine Arbeit auf. Immer wieder erläuterte er der Saigoner Bevölkerung die im 10-Punkte-Programm der Provisorischen Revolutionären Regierung¹⁾ (PRR) niedergelegten Prinzipien ihrer Politik. Mit ihren ersten Maßnahmen²⁾ zur Normalisierung des Lebens, zu denen die PRR über den Sender Befreiung aufrief, stellte sie die Verbindlichkeit des 10-Punkte-Programms für das gesamte befreite Südvietnam unter Beweis.

Punkt 1 fordert die Abschaffung des Marionettenapparats in Verwaltung und Armee, Auflösung der reaktionären Parteien und Institutionen:

Schon am 4. Mai d.J. wurden für Saigon ein Militärverwaltungs Komitee und in allen Stadtbezirken Revolutionäre Volkskomitees gebildet, die eine demokratische Verwaltung aufzubauen beginnen.

Die in 61 Gewerkschaftsvereinigungen zusammengeschlossenen Werktätigen Südvietnams beschlossen bei ihrem ersten Treffen in Freiheit, die unter Thieu gebildete Föderation der gelben Gewerkschaften aufzulösen. Die Gebäude der gelben Gewerkschaft wurden in Saigon von Arbeitern besetzt.

Punkt 2 fordert die demokratischen Freiheiten für die gesamte Bevölkerung sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter:

Als eine der ersten Maßnahmen wurden die Tausenden von politischen Gefangenen des Marionetten-Regimes freigelassen. Die Tore des wegen seiner "Tigerkäfige" berüchtigten Gefängnisses von Con Son öffneten sich. In Da

Nang verhinderte ein ehemaliger Gefangenewärter die Liquidierung der politischen Gefangenen durch abziehende Marionettentruppen; er sprengte den Gefängnistrakt erst, nachdem er die Gefangenen in Sicherheit gebracht hatte. Der Wärter, obwohl an Folterungen mitschuldig, arbeitet heute in der Provinzverwaltung.

Punkt 3 fordert die Politik der Versöhnung und der Einheit des Volkes:

Schon in den ersten Tagen nach der Befreiung rief die PRR die früheren Beamten und Armeemitglieder der Marionettenregierung auf, "sich für den Neubeginn zur Verfügung zu stellen."³⁾ Nach der Freilassung des 2-Tage-Präsidenten Minh und von 14 Exministern erging auch an sie die Aufforderung, "ihren Fähigkeiten entsprechend zum Wiederaufbau des Landes beizutragen".⁴⁾

Die "dritte Kraft" arbeitet überall in den Komitees mit den Vertretern der PRR und der Volksbefreiungsstreitkräfte (FNL) zusammen. Der Erzbischof von Hué, Philippe Nguyen Kim, hat in einem Brief an die Priester, Katecheten und Gemeindemitglieder seiner Freude über die Beendigung des Krieges Ausdruck gegeben und aufgerufen, mit der PRR zusammenzuarbeiten. In Saigon sah man bei der 1. Mai-Veranstaltung 20 Priester, die neben ihren buddhistischen Wimpeln auch die Fahne der Befreiung trugen.

In Da Nang erklärte der Pfarrer Duong Than über die gegenwärtigen Aufgaben der Verwaltung: "Das wichtigste ist, daß die Bauern Land, die Frauen Arbeit und die Jungen eine Aufgabe bekommen, für die sie sich begeistern können. In diesem Punkt müssen Buddhisten, Katholiken und Protestanten eng mit der neuen Stadtverwaltung zusammenarbeiten."⁵⁾

Die Notwendigkeit einer nationalen Aussöhnung und die Bedeutung der "dritten Kraft" für die demokratische Entwicklung des Landes, wie es schon im Pariser Vietnam-Abkommen verankert ist, wird auch heute nicht in Frage gestellt. Repräsentanten der PRR und der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) in Paris bekräftigten in einem Gespräch mit Vertretern der "freien Kräfte Vietnams"⁶⁾ ihren festen Willen, diesen Prinzipien im befrei-



Nach dem Sieg über den japanischen Faschismus und die französischen Kolonialisten proklamiert Ho Chi Minh im September 1945 die Demokratische Republik Vietnam (DRV) für Gesamtvietnam.



Der von Frankreich 1946 eröffnete Kolonialkrieg endet am 7. Mai 1954 mit dem Sieg der vietnamesischen Volksarmee in Dien Bien Phu. Im Juli 1954 folgt das Genfer Indochina-Abkommen.



Nach der Inszenierung der Tonking-Affäre beginnen die USA im August 1964 mit der Bombardierung ganz Vietnams, im März 1965 mit dem offenen Interventionskrieg (Foto: Einmarsch erster US-Truppenverbände bei Da Nang).



Trotz des großen militärischen Engagements der USA (Truppenstärke 1968: 540.000) kommt es nach großen Erfolgen der Befreiungsstreitkräfte im Juni 1969 zur Bildung der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) Südvietnams.



Trotz des erneuten Eskalierens ihres Bombenterrors gegen die DRV Ende 1972 sehen sich die USA gezwungen, am 27. Januar 1973 das Pariser Vietnam-Abkommen zu unterzeichnen und ihre Truppen aus Südvietnam abzuziehen.



In Beantwortung der fortgesetzten US-Sabotage gegen das Pariser Abkommen und der Kriegspolitik Thieus wird 1975 ganz Vietnam befreit. Am 30. April 1975 kapituliert Saigon, welches in Ho Chi Minh-Stadt umbenannt wird.

des Sieges

ten Südvietnam Geltung zu verschaffen.

Punkt 4 fordert von allen Bürgern, Ordnung und Sicherheit zu achten sowie die Revolution zu unterstützen. Sie können ihrer Tätigkeit nachgehen.

Zu den ersten Gesetzen und Verordnungen der PRR in den neu befreiten Gebieten gehörten das Verbot von Plünderungen, der Verbreitung von Gerüchten, der Nichtablieferung von Waffen. Vergewaltigung und Flucht wurden unter schwere Strafen gestellt. Die neue Verwaltung schloß in Saigon alle Bordelle und Nachtlokale und liquidierte die Schlupflöcher von Rauschgiftsüchtigen. Die Bevölkerung von Saigon soll in einer "Woche der Reinigung" die Häuserwände von Plakaten und Parolen der Marionetten säubern, Straßen und Kanäle reinigen; Berge von Schmutz und Abfall wurden aus der Stadt gebracht.

Punkt 5 erklärt, daß das von der Marionettenregierung zurückgelassene Eigentum unter der Verwaltung der PRR steht.

Entsprechend hat die PRR z.B. die früheren Marionettenbotschaften angewiesen, Inventarlisten anzufertigen und Botschaftseigentum sicherzustellen; die Regierungen der Länder, in die Angehörige der Marionettenregierung geflüchtet sind, wurden aufgefordert, Flugzeuge, Schiffe und sonstige Transportmittel sowie Devisen und Gold der PRR auszuhändigen.

Punkt 6 fordert zur unverzüglichen Fortsetzung von Produktions-, Distributions- und Verwaltungsbetrieben auf.

Schon wenige Tage nach ihrer Befreiung arbeiteten in den Städten Südvietnams wie in Hué, Da Nang und Saigon die Rundfunk- und Fernsehstationen, deren Zerstörung durch das alte Regime meist von den Belegschaften verhindert werden konnte. Der Hafen von Da Nang, einst größter Marinestützpunkt der USA, ist für die Handelsschifffahrt wieder geöffnet. Der Flughafen Tan Son Nhut ist in Betrieb; die erste Maschine mit den Hoheitszeichen der Republik Südvietnam (RSV) landete bereits. Die Wasser- und Elektrizitätswerke der großen Städte haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die meisten Händler und Unternehmer Saigons haben sich in einem Treffen mit Repräsentanten der PRR bereiterklärt, mit den Behörden zusammenzuarbeiten.

Punkt 7 verspricht Förderung der Bauern bei der Wiederaufnahme der Produktion.

Eine erste Hilfsmaßnahme, die bekannt wurde, ist der Einsatz entlassener Kriegsgefangener bei der Reisernte in der Umgebung von Hué - eine Maßnahme, die gleichzeitig eine Wiedereingliederung der Marionettentruppen in das normale Leben erleichtert.

Punkt 8 verspricht die Öffnung aller kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser im Dienst der Bevölkerung.

Schulen und Krankenhäuser nahmen noch früher als die Fabriken die Arbeit wieder auf. Lehrer, die unter dem alten Regime unterrichtet, können ihre Arbeit fortsetzen, wenn sie die Ziele der PRR akzeptieren. Gerade den Schulen und anderen Erziehungsinstitutionen wird eine wichtige Funktion beigemessen, um die schlimmste Hinterlassenschaft des US-Imperialismus - "durch Prostitution verdorbene Mädchen und durch Rauschgift verseuchte Jugendliche", so Pfarrer Duong Than aus Da Nang -, die große Zahl der heimatlosen, verwahrlosten und verwaisten Kinder für eine bessere Zukunft zu erziehen.

Punkt 9 verspricht die Verwirklichung der Grundsätze der PRR vom 25.3.1975 für die Behandlung der Offiziere und Soldaten der ehemaligen Marionettenarmee und -verwaltung.

Die PRR hat die meist in die Marionettenarmee gepreßten Soldaten nach Hause geschickt; sie werden dort in den Produktionsprozeß eingegliedert und nehmen wie jeder andere Bürger am Wiederaufbau des Landes teil. Die Offiziere der Armee sind in sogenannten Um-erziehungslagern zusammengefaßt, wo sie mit der Politik der PRR vertraut gemacht werden und wo sie lernen müssen, auf ihre durch Kollaboration und Korruption erworbenen Privilegien zu verzichten. Sie erhalten einfache Mahlzeiten, müssen selber waschen und putzen.

Punkt 10 garantiert den Schutz des Lebens und des Eigentums von Ausländern, die ihrerseits die Unabhängigkeit und Souveränität sowie die Gesetze der Republik Südvietnam respektieren müssen.

Im Unterschied zur Behandlung der evakuierten Südvietnamesen in den USA, die z.T. eine Bürgschaft von mehr als 3.000 Dollar zahlen mußten, werden die Ausländer in Südvietnam korrekt behandelt. Beraubung, Inhaftierung, Mißhandlung, Ermordung - unter dem Marionettenregime auch gegenüber oppositionellen Ausländern an der Tagesordnung - gehören nun einem finsternen Kapitel der Vergangenheit an, das endgültig zugeschlagen ist.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 4/1975.
- 2) Die Informationen gehen zum Großteil auf Korrespondentenberichte der Nachrichtenagentur ADN zurück.
- 3) Neues Deutschland (ND) 5.5.1975
- 4) Frankfurter Rundschau (FR) 7.5.1975
- 5) ND 30.4.1975
- 6) Süddeutsche Zeitung (SZ) 6.5.1975

1975 jährt sich zum zehntenmal eine der blutigsten antikommunistischen Hetzjagden der Geschichte: Im September 1965 putschten in Indonesien rechtsgerichtete Militärs um General Suharto gegen die nationaldemokratische Regierung Sukarno und eröffneten einen grauenerregenden Feldzug gegen die demokratische Bewegung. Zwischen 500.000 und 1 Million Menschen fielen ihm zum Opfer. Eine fanatische antikommunistische und den imperialistischen Mächten ergebene Militärdiktatur kennzeichnet das Indonesien der Gegenwart.

Der Bonner Regierung waren die 'stabilen politischen Verhältnisse', für welche das Suharto-Regime Sorge trägt, im Jahre 1974 eine staatliche Kapitalhilfe in Höhe von 160 Mio DM wert und zwar unter Vorzugsbedingungen: 30 Jahre Laufzeit, Zinssatz 2%. Die bundesdeutschen Konzernspitzen schwärmen überdies vom Rohstoffreichtum des Inselstaates und von Suhartos "Wirtschaftspolitik der 'offenen Tür'" (Handelsblatt, 4.1.1974). Seit 1974 rangiert die BRD in Indonesien hinter Japan und den USA als Waren- und Kapitalexporteur an dritter Stelle. Erst jüngst, im April 1975, wurde zum Zwecke einer noch stärkeren Zusammenarbeit in der Hauptstadt Indonesiens, Djakarta, eine "Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer" aus der Taufe gehoben. Ihr ge-

hören nach offiziellen Angaben derzeit 167 Mitgliedsfirmen beider Länder an. In ihrem sechsköpfigen Vorstand sind u.a. Siemens und Hoechst vertreten (vgl. Handelsblatt, 29.4.1975).

Für Schlagzeilen in der Weltpresse hatte im Januar 1974 ein für Indonesien im letzten Jahrzehnt neuartiges Ereignis gesorgt, als anlässlich des Besuches des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka in Djakarta 500.000 Menschen mehrere Tage lang demonstrierten. Die Protestaktionen richteten sich gegen den "Ausverkauf Indonesiens" an die imperialistischen Konzerne - unter ihnen nehmen die japanischen den ersten Platz ein - und gegen die damit verbundene Unterdrückungspolitik und Korruption des Suharto-Regimes.

Der im Exil lebende indonesische Journalist Sudiman Satiadjaja nimmt in dem nachstehenden Beitrag eine Einschätzung dieser Politik des Ausverkaufs, der neokolonialistischen Durchdringung Indonesiens vor. Zum besseren Verständnis fügen wir eine Auswahl politischer, historischer und sozialökonomischer Daten bei.

In Kürze werden wir in weiteren Indonesien-Beiträgen über die soziale Lage der Werktätigen, über die Situation der politischen Gefangenen und die Entwicklung der Widerstandsbewegung berichten.

Sudiman Satiadjaja

Die Politik des Ausverkaufs unter dem Suharto-Regime

Seit dem Putsch vom Oktober 1965 herrscht in Indonesien ein Militärregime. Dieses Regime vertritt die Interessen der Ausbeuterklassen: der Kompradorenbourgeoisie, der Gutsbesitzer, der kapitalistischen Bürokratie.

Folglich ist dieses Regime, an dessen Spitze General Suharto steht, seinem Wesen nach ein volksfeindliches, antidemokratisches Regime. Es führt eine antikommunistische Unterdrückungspolitik gegen alle patriotisch eingestellten Menschen.

Aufhebung der demokratischen Agrarreform

Mit Gewalt und Terror hat das Regime den Bauern das Land weggenommen, das diese im Ergebnis der vor dem Oktober 1965 - auf Initiative der Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI) - durchgeführten Agrarreform erhalten hatten. Die rechten Militärs gaben den Gutsbesitzern das Land zurück. Auf dem Dorf wurde das halbfeudalistische Ausbeutersystem restauriert. Außerordentlich gefördert wurden die bürokratischen Kapitalisten, die in Stadt und Land Betriebe besitzen und



Die Fallschirmjägertruppe RPKAD tat sich als Vorhut der antikommunistischen Massaker unter Suharto hervor.

zum Großteil aus Militärs zusammengesetzt sind. Die Plantagen, die nach der Verkündung der Unabhängigkeit im Jahre 1945 nationalisiert worden waren, erstattete das Regime an die alten Besitzer - ausländische Kapitalisten - zurück. Und mehr als das: Heute zwingt das Regime die Bauern immer häufiger dazu, fruchtbaren Boden für einen sehr niedrigen Preis zu verkaufen. Dieses Land ver-

pachtet das Regime an ausländische Monopolisten.

Somit gibt es im indonesischen Dorf nicht nur halbfeudalistische, sondern auch kapitalistische Ausbeutung - inländische und ausländische.

Politik der "offenen Tür"

Alle ausländischen Werke und Betriebe, die nach 1945 nationalisiert worden waren, wur-



Territorium, Bevölkerung, Administration:

Offizielle Bezeichnung: Republik Indonesien. Das 13.677 Inseln - 6.040 sind bewohnt - umfassende Staatsgebiet Indonesiens (I.) hat eine Gesamtfläche von 1.908 Mio qkm - nahezu achtmal so groß wie die BRD. Beiderseits des Äquators gelegen, bildet die indonesische Inselwelt bei einer Ost-West-Ausdehnung von 5.000 km eine Brücke zwischen dem asiatischen und australischen Kontinent.

Vorherrschend ist ein tropisches, feucht-heißes Klima bei einer durchschnittlichen Temperatur von 30 Grad Celsius. 64% des Landes sind mit Wald bedeckt. Mit 130 Mio Einwohnern zählt Indonesien zu den 5 bevölkerungsreichsten Ländern der Welt. Die Bevölkerungsdichte pro qkm schwankt zwischen 610 auf der Insel Java (Djawa) und 2 auf der Insel Westirian.

Das jährliche Bevölkerungswachstum liegt bei etwa 3%.

Die stärkste von insgesamt 100 ethnischen Gruppen sind die Javaner mit 80 Mio. Weitere zahlenmäßig starke Volksgruppen sind die Sundanesen, Maduresen und Malaien. Die Chinesen zählen rund 3 Mio.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Indonesier liegt bei nur 32 Jahren.

Die größten Städte sind: die Landeshauptstadt Djakarta (5 Mio Einwohner), Surabaya (1,5 Mio), Bandung (1,2 Mio), Semarang (600.000), Medan (640.000), Palembang (580.000).

Religionszugehörigkeit: Fast 90% der Bevölkerung sind Mohammedaner; außerdem gibt es Christen, Hindus und Konfuzianer.

Sprachen: Amtssprache ist die Bahasa Indonesia; Englisch und holländisch dienen als Handelssprachen.

Währung: Rupiah, Sen; 100 Sen = 1 Rupiah, 176,15 Rupiah = 1,- DM (Dezember 1974)

Das Land ist in 21 Verwaltungsprovinzen unterteilt. Gemäß der am 17.8.1945 ausgerufenen Verfassung ist Indonesien eine unabhängige Präsidialrepublik. Von 1945-1967 war Sukarno, seit März 1967 ist General Suharto Staatspräsident.

Geschichte: Von 1602 bis 1942 befand sich Indonesien unter niederländischer Kolonialherrschaft, die zwischen 1942 - 1945 von der militärischen Okkupation durch den japanischen Faschismus abgelöst wurde. Die nationale Befreiungsbewegung proklamierte am 17.8.1945 die Republik Indonesien und kämpfte 2 Jahre mit Erfolg gegen die militärische Intervention Großbritanniens und Hollands.

Präsident Sukarnos antiimperialistische Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit fand ihr innenpolitisches Gegenstück in der Verkündung der Prinzipien der "gelenkten Demokratie" im Jahre 1957. Ihnen entsprach die Zusammenarbeit aller nationaldemokratischen Kräfte, von progressiven Teilen der nationalen Bourgeoisie bis hin zur Kommunistischen Partei, unter Führung von Sukarnos Nationaler Partei. Ferner setzte Sukarno die Nationalisierung des Verkehrs-, Nachrichten- und Energiewesens, der Zinnbergwerke, zahlreicher holländischer Industrieunternehmen und Banken, später auch britischer und amerikanischer Konzerne durch. Seit Beginn der 60er Jahre spitzten sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zu: Die Auslandsschulden stiegen auf 2 Mrd Dollar an, begleitet von einer wachsenden Inflation und Arbeitslosigkeit.

Eine rechtsgerichtete Offiziersgruppe um General Suharto nutzte diese Situation am 30.9.1965 zu einem Putsch, bei dem sie die bestehenden politischen Machtorgane gewaltsam zerschlug. In sogenannten "Säuberungsaktionen" wurden eine halbe bis eine Million Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen Partei Indonesiens (KPI) liquidiert.

Hunderttausende verschleppte man auf entfernte Inseln und in Konzentrationslager.

Nach Schätzungen einer internationalen Juristenkommission sind in etwa 300 Konzentrationslagern noch immer etwa 120.000-150.000 Demokraten ohne Gerichtsverfahren eingekerkert.

den wieder den alten Besitzern übergeben. Und viele staatliche Betriebe, darunter auch die Erdölgesellschaft "Pertamina", befinden sich faktisch in den Händen der bürokratischen Kapitalisten aus den Reihen der Militärs.

In Indonesien gewinnt jetzt das halbfeudalistische und kapitalistische Ausbeutungssystem - und besonders das letztere - die

Oberhand. Die bürokratische Bourgeoisie verwandelt sich in Großkapitalisten.

Die Außenpolitik des indonesischen Regimes ist nach Westen, auf die "Hilfe" der Imperialisten orientiert. Das ist nicht nur aus den obengenannten Fakten ersichtlich, sondern auch aus der Politik der "offenen Tür" gegenüber Kapitalanlagen ausländischer Monopolisten in Indonesien und aus deren "Hil-

ALLGEMEINE DATEN

Politisches System: Präsident Sukarno wurde bis zum März 1967 schrittweise entmachtet. Putschgeneral Suharto rückte in die Positionen des Staatspräsidenten, des Oberkommandierenden der Streitkräfte und des Vorsitzenden der höchsten staatlichen Institution, des Beratenden Volkskongresses (920 Mitglieder).

In einem Wahlgesetz vom November 1969 wurde Suharto ermächtigt, 33% der Mitglieder des Volkskongresses zu "ernennen". Ferner kann er in "Krisenzeiten" nach Belieben Gesetze durch Regierungsverordnungen ersetzen. Nach dem offiziellen Verbot der KPI 1966, der Zentralgewerkschaft SOBSI und anderer demokratischer Massenorganisationen schloß das Suharto-Regime 1971 bei den ersten Nachwahlen zum Parlament (es setzt sich aus der Hälfte der Volkskongress-Mitglieder zusammen) zunächst einmal ca. 15 Mio Indonesier von den Wahlen aus - wegen ehemaliger Mitgliedschaft in der größten Partei des Landes, der KPI (1965 rund 3 Mio Mitglieder) oder in ihren Massen- bzw. Bündnisorganisationen wie beispielsweise der SOBSI (ehemals 6 Mio Mitglieder). Zudem schloß das Regime 730 Kandidaten von den Wahlen aus und erließ "12 Gebote der Wahlkampfführung", welche jede Kritik an Suhartos "Aufbauprogramm" strengstens untersagen. So läßt sich ein Prozeß der ständigen Zurückdrängung der formal noch verbliebenen 9 islamischen, christlichen bzw. national-konservativen Parteien beobachten. An ihre Stelle trat die im Oktober begründete offizielle Ständeorganisation "Sebker Golkar", die sich aus Armeegehörigen wie anderen Staatsbeamten und -angestellten zusammensetzt. Die "Golkar"-Gruppierung erreichte 1971 schließlich 62,8% der abgegebenen Stimmen. Nach den ersten Wahlen zum Volkskongreß 1973 hatte die Armee durch Suhartos direkte Ernennung 277 und über die "Golkar"-Organisation 458 Mandate, also faktisch 735 von insgesamt 920 Sitzen inne.

Wirtschaft: Als rückständiges Agrarland ist Indonesien wichtiger Exporteur landwirtschaftlicher Produkte (Kautschuk, Tabak, Tee, Kakao, Gewürze, Palmöl) und Rohstoffe (Erdöl, Zinnerz, Bauxit). Aus Indonesien kommen 75% des in ganz Südostasien geförderten Erdöls. Im Abbau von Zinn liegt Indonesien an 2. Stelle der Weltproduktion. Die reichen Bodenschätze des Landes (u.a. auch Erdgas, Steinkohle, Uran, Mangan und Eisen) werden nach den Reprivatisierungsmaßnahmen Suhartos fast ausschließlich von Auslandsmonopolen ausgebeutet. Japanische Firmen beherrschen überdies den Einschlag und Export von Edelhölzern auf Borneo (auch Kalimantan genannt). Seit 1967 ein neues Gesetz zur Begünstigung ausländischer Kapitalinvestoren inkrafttrat, stiegen die Aus-

landsinvestitionen von 1,3 Mrd Dollar auf 3,4 Mrd Dollar im Jahr 1974. Parallel wuchs die Auslandsverschuldung von rund 2 Mrd Dollar 1965 auf 1970 rund 3,5 Mrd Dollar an. Durch das koloniale Erbe und die Vormachtstellung der Auslandskonzerne bleibt Indonesien auch trotz des rapiden Anstiegs der Öleinkünfte als billiger Rohstofflieferant an die imperialistischen Großmächte gekettet.

60% der erwerbsfähigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt und erbringen ca. 50% des Nationaleinkommens. Die Landwirtschaft trägt mehrheitlich feudalen Charakter, doch setzen sich kapitalistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse zusehends durch. Etwa 60% der Bauern sind ohne Bodenbesitz. 66% der Landbesitzenden verfügen über weniger als 0,5 ha Boden. Der Pachtzins der sehr zahlreichen Naturalpächter beträgt zwischen 50-75% des Ernteertrages. Neben den bäuerlichen Kleinwirtschaften (12 Mio ha) sind die modernen kapitalistischen Plantagenwirtschaften vorherrschend (2,3 Mio ha). 1956 befanden sich 1.558 Plantagen in ausländischem Besitz, von denen bis 1960 90% in staatliches Eigentum überführt, jedoch 1966/67 wieder an die alten Privatbesitzer zurückerstattet wurden.

Zu den schlimmsten Folgen von Suhartos Politik des nationalen Ausverkaufs zählt heute eine Arbeitslosenquote von 20-40%, ein enormes Ansteigen der Landflucht und der Elendsviertel (90% der Einwohner Djakartas leben in Slums oder slumähnlichen Siedlungen) sowie eines der niedrigsten Prokopf-Einkommen der Welt von rund 90 Dollar (1970: 73 Dollar).

Außenpolitik: Obgleich sich das Suharto-Regime verbal zu einer unabhängigen Außenpolitik bekennt, die angeblich "konsequent antiimperialistisch und antikolonialistisch" sein und den "nationalen Interessen" dienen soll, wurde mit einer "Politik der offenen Tür" für die imperialistischen Konzerne in Wirklichkeit die Abhängigkeit von den Westmächten USA, Japan, BRD etc. ständig verstärkt.

Auf Initiative Washingtons gründeten die wichtigsten Kapitalgläubiger Indonesien 1966 den "Tokio-Klub", dem die USA, Jap die BRD, Holland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Australien, Schweiz und Österreich angehören. Die zweimal im Jahr stattfindenden Tagungen beraten in der Regel, auf der Grundlage von wirtschaftspolitischen Rechenschaftsberichten der indonesischen Regierung, über die Stundung der Schuldentrückzahlung sowie über die Festlegung der Finanz"hilfe" und deren Aufteilung unter den Mitgliedern des "Tokio-Klubs". Die BRD leistete 1974 unter Vorzugsbedingungen 160 Mio DM an derartiger Finanz"hilfe".



Die indonesische Junta bei der Abnahme einer Militärparade (v. l. n. r.) : der Vorsitzende des Volkskongresses Nasution, Staatspräsident Suharto und General Wirahadikusumah.

fe" in Form von Krediten, die das Regime als Hauptstütze des Aufbaues in Indonesien betrachtet.

Von 1967, d.h. seit der Schaffung des Gesetzes über ausländische Investitionen, bis zum 1. Halbjahr 1974 betrugen die ausländischen Kapitalanlagen in Indonesien 3,261 Mrd Dollar. Sie repräsentierten 714 Objekte. Diese Ziffern wachsen schnell an: Bereits im Mai 1974 erreichte man ein Investitionsvolumen von 3,378 Mrd Dollar, die 727 Objekte umfassen!

Unter Objekten sind hier vor allem zu verstehen: Vorhaben in der Leichtindustrie und andere Objekte, die schnell Profite abwerfen, wie z.B. Textilfabriken, Elektroapparatewerke, Fruchtsaftproduktion, oder Objekte in der Land- und Forstwirtschaft, Ausbeutung von Bodenschätzen, Errichtung von Hotels und Touristenzentren usw. Da das Primärprodukt eingeführt, der Hauptteil des Gewinns jedoch ins Ausland gebracht wird, dient Indonesien lediglich als Lieferant billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte.

In letzter Zeit ist Japan zum größten Investoren in Indonesien geworden. Seine Kapitalanlagen betragen annähernd 1 Mrd Dollar, die in 151 sehr verschiedene Objekte fließen. Somit vermochte Japan die USA in diesem Lande hinsichtlich der Kapitalanlagen zu überholen. Die Kapitalanlagen der USA belaufen sich auf 956,4 Mio Dollar, die in 117 Objekte fließen. Neben den USA und Japan legen bekanntlich auch Holland, Westdeutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Kanada und andere kapitalistische Länder ihr Kapital in Indonesien an.

Was das nationale Kapital anbelangt, so erreichte es von 1968 bis 1974 die Summe von 1,362 Mrd Ruppien - das sind etwa 300 Millionen Dollar.

Raubbau an den Naturreichtümern

Aus den genannten Ziffern geht hervor, daß das ausländische Kapital das inländische Kapital übertrifft. Mit anderen Worten: Die Wirtschaft Indonesiens befindet sich unter der Vorherrschaft ausländischer Monopolisten. Wie kann man da davon sprechen, daß die ausländischen Investitionen beim Aufbau des Landes helfen?

Das Regime erhält auch "Hilfe" in Form von Krediten aus den kapitalistischen Ländern. Im Verlaufe von 7 Jahren (1967 - 1974) betrug die "Hilfe" etwa 5 Mrd Dollar! Diese "Hilfe" sollte für die Verwirklichung des ersten Fünfjahrplanes verwendet werden, in dessen Mittelpunkt der Aufbau auf dem Gebiet der Landwirtschaft steht, insbesondere die Steigerung des Aufkommens an Reis - des Hauptnahrungsmittels. Jedoch weisen die offiziellen Angaben folgende Zahlen aus: 1965 importierte Indonesien 193.000 t Reis, und 1973 gar 1.400.000 t. Die Produktion von Erdöl, die sich unter der Leitung der staatlichen Erdölgesellschaft "Pertamina" befindet, sank im Mai 1973 auf 152.000 Barrel pro Tag, gegenüber 1.000.004 Barrel pro Tag zu Beginn desselben Jahres, während die amerikanische Erdölgesellschaft "Caltex" 1 Million Barrel pro Tag fördert. Darüber sprach der Minister Mohammed Sadli, der für Angelegenheiten des Abbaus von Bodenschätzen verantwortlich ist. Obwohl die "Pertamina" als Besitzer auftritt, der die Erdölfelder anderen Monopolen zur Ausbeutung abtritt, fördert sie selbst wenig Erdöl. Und heute importiert Indonesien sogar verschiedene Arten von Treibstoffen, wie z.B. Turbinentreibstoff, Kerosin, Solaröl, Diesel-Treib- und Brennstoff. Wenn 1974 die Erdöl-Einnahmen Indonesiens angestiegen sind, so nicht durch ein Ansteigen der Fördermenge, sondern durch

die Erhöhung der Preise.

Folgen wirtschaftlicher "Hilfe"

Der erste Fünfjahrplan war nicht in der Lage, die endlose Inflation und Preisschraube für die 9 wichtigsten Warenarten - Reis, Fisch, Butter, Zucker, Salz, Petroleum, Seife, Textilien und die einheimischen "Batik"-Stoffe - zu beenden. Durchschnittlich haben sich die Preise für diese Waren in den Jahren 1966 - 1973 um das Zehnfache erhöht. Auf diese Weise sinken die Kaufkraft und der Lebensstandard des Volkes. Hinzu kommt, daß die Arbeitslosigkeit im Lande schnell

- in der sogenannten "Hilfe", die Indonesien besonders in wirtschaftlicher Hinsicht in eine immer tiefere Abhängigkeit vom Imperialismus führt, der selbst eine tiefe Krise durchmacht.

Proteste gegen Tanaka-Besuch

Trotz der fortgesetzten Repressalien treten im Lande immer mehr Menschen gegen das herrschende Regime auf. In der gegenwärtigen Etappe konzentrieren sich die Aktionen der Volksmassen gegen die Politik der wirtschaftlichen Abhängigkeit Indonesiens von den ausländischen Monopolisten. Diese Politik

BRD - Konzerne im Indonesien-Geschäft

**DREH-
SCHEIBE**

**OSTASIEN-
HANDEL**

In den zwölf Monaten bis zum 30. Juni 1974 sind die deutschen privaten Anlagen besonders stark gestiegen in Indonesien, Japan, Süd-Vietnam, Malaysia und Hongkong. Sie nahmen ab in Singapur und Süd-Korea.

	Private Direktinvestitionen in Mill. DM	
	30. 6. 74	30. 6. 73
Japan	193,0	170,5
Indien	172,6	170,3
Singapur	87,7	88,7
<u>Indonesien</u>	63,3	36,5
Thailand	24,3	20,5
Malaysia	25,8	13,1
Hongkong	20,9	14,6
Korea (Süd)	17,7	20,4
Vietnam (Süd)	15,7	0,2
Taiwan	12,2	10,3

Die seit 1952 von deutscher Seite vorgenommenen privaten Direktinvestitionen in Indonesien sind von 31,2 Mill. DM Ende 1972 auf 63,3 Mill. DM am 30. Juni 1974 gestiegen. So erfreulich diese Zunahme auch sein mag, so ist doch damit Deutschland gegenüber anderen Ländern stark im Rückstand.

Einen beachtlichen Umfang hat dagegen die deutsche öffentliche Entwicklungshilfe für Indonesien sowie die Bereitstellung von privaten, aber staatlich abgesicherten Krediten... Auf indonesischer Seite besteht neuerdings die Bereitschaft, das Investitionsklima durch neue Bestimmungen und zusätzliche Erleichterungen für den Investor zu verbessern. *Heinrich H. Kraft*

AUSFUHR NACH OSTASIEN

(nach Verbrauchsländern)

Januar - November (in Mill. DM)

	1974		Veränderung in %
	1974	1973	
Japan	2 999,0	2 512,3	+ 19,4
VR China	969,0	753,7	+ 28,6
Indien	839,9	638,0	+ 31,6
<u>Indonesien</u>	762,0	465,0	+ 63,9
Taiwan	728,7	520,7	+ 40,0
Singapur	598,8	428,0	+ 39,9
Hongkong	526,3	560,6	- 6,1
Malaysia	482,6	245,4	+ 96,8
Thailand	452,7	325,7	+ 39,0
Philippinen	330,9	198,6	+ 66,5
Korea (Süd)	300,0	235,1	+ 27,6
Nordkorea	201,5	92,9	+ 116,9
Bangla Desh	149,0	160,4	- 7,1
Ceylon	73,7	35,6	+ 107,0
Burma	29,3	38,1	- 23,1
Süd-Vietnam	23,6	21,0	+ 12,4
Nord-Vietnam	17,8	5,7	+ 212,3

(aus: Übersee-Rundschau, Nr. 2/März 1975)

wächst: 6 Mio Arbeitslose und 15 Mio Unterbeschäftigte (bei etwa 40 Mio Arbeitsfähigen, d.Red.) gibt es heute in Indonesien. Das Fazit: Der erste Fünfjahrplan, der sich auf die "Hilfe" der Imperialisten stützte, hat es nicht vermocht, die Gesundung der Wirtschaft des Landes herbeizuführen.

Die Ursachen für die Mißerfolge beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes sind insbesondere in folgenden Tatsachen zu suchen:

- in der unbegrenzten Ausbeutung durch die ausländischen Monopolisten;
- in der großen Schwäche des nationalen Kapitals; übertrifft doch die Anzahl der ausländischen Unternehmen die nationalen und staatlichen Betriebe um ein Vielfaches;
- in der Korruption großen Ausmaßes (30 % des Bruttosozialproduktes landen in den Taschen der korrupten Elemente);

führt das Land ökonomisch in eine weitere Wirtschaftskrise.

Die Demonstration im Januar 1974, an der eine halbe Million Menschen teilnahm, war ein Höhepunkt im Kampf des Volkes gegen die Herrschaft der ausländischen Monopolisten. Das Regime war gezwungen, diesen Fakt anzuerkennen. Es mußte über die Notwendigkeit der Normalisierung der ökonomischen Beziehungen mit den sozialistischen Staaten sprechen. Gleichzeitig jedoch hat Suharto selbst unterstrichen, daß das durchaus nicht eine Veränderung der Außenpolitik seines Regimes bedeute.

Das indonesische Volk kämpft weiter gegen die Herrschaft der Reaktion und des Imperialismus, für wahre Unabhängigkeit, Demokratie und Fortschritt.

Der Autor dieses Artikels, Dr. Israel Shahak, ist Professor für organische Chemie an der hebräischen Universität von Jerusalem und Vorsitzender der Israelischen Liga für Menschenrechte. Dr. Shahak beschreibt vor allem die Repressalien der israelischen Regierung gegen die Palästinenser in den seit 1967 okkupierten Gebieten, die von Zwangsvertreibung, Einschränkung jeglicher demokratischer Rechte über kollektive Bestrafungen bis zu Folterungen reichen. Er prangert die Brutalität und den Terrorismus des Besatzungsregimes an und kommt zu dem Schluß, daß die israelischen Juden und die meisten Juden in der Welt "einen Prozeß der Nazifizierung durchlaufen".

Die Aussagen Dr. Shahaks werden bestätigt von der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die die unrechtmäßigen und kriminellen Aktionen Israels in den besetzten Gebieten verurteilte. Schon 1968 war von der UNO ein Sonderkomitee zur Untersuchung dieser Vorgänge eingerichtet worden. Obwohl die herrschenden Kreise Israels alles taten, die Nachforschungen des Komitees zu verhindern, gelang es, wichtige Fakten zusammenzustellen. Sie beweisen, daß Israels Politik der gewaltsamen Annexion den allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts widerspricht und eine gerechte politische Lösung des Nahost-Konflikts verhindert.

Dr. Israel Shahak

Die israelische Unrechtspolitik gegen die Palästinenser

Meiner Meinung nach ist das israelische Besatzungsregime in den eroberten Territorien keineswegs liberal; es ist in Wirklichkeit eines der grausamsten und repressivsten Regimes moderner Zeiten.

Vielleicht können wir mit einem einfachen Problem anfangen: Die Zahl der heute in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser beträgt etwas über eine Million. Vor der israelischen Eroberung lag die Zahl der dort ansässigen Palästinenser bei eineinhalb Millionen, plus ca. dreihunderttausend Verwandte, die zeitweilig in anderen Ländern arbeiteten.

Das erste, was die Besatzungsmacht tat, war eine mit allen Mitteln durchgeführte Massenvertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat - sei es mit brutaler Gewalt, sei es durch vorgeblich "humane" Methoden. Anders als die Vertreibung einzelner, auf die ich später zu sprechen komme, wurde diese Massenvertreibung durchgeführt, bis König Hussein die Brücken sperrte. Es gibt nahezu keine palästinensische Familie, die von dieser "Politik" nicht betroffen ist: Eltern wurden von Kindern, Brüder von Brüdern und Schwestern getrennt, kurz, die Familien sind von nahezu unbeschreiblichem menschlichem Leid betroffen (...).

Menschen, die in Jerusalem geboren sind und den größten Teil ihres Lebens dort verbrachten, dürfen in ihre eigene Stadt, das "ver-einte" Jerusalem, nicht zurück, um sich dort wieder anzusiedeln, es sei denn, daß es sich um Juden handelt. (...)

Die Einrichtung, die von allen Arten von Heuchlern als "Sommerbesuche" angepriesen wird, führt nur dazu, das Problem zu verschärfen: Brüder dürfen einander besuchen

und Kinder ihren Vater. Natürlich wird das Heimweh für sie überwältigend und dann sagt man ihnen: Ihr wollt wieder zusammenleben? Bitte, das könnt Ihr doch. Aber auf der anderen Seite des Flusses Jordan! Auf diese Weise dient scheinbarer Liberalismus der wahren Absicht der israelischen Regierung: der Vertreibung der Palästinenser aus ihrem eigenen Land.

Demokratische Rechte

Nicht nur politische Parteien sind verboten, sondern sogar Vereinigungen wie Gewerkschaften, Studenten- und Kulturverbände. Palästinenser dürfen nicht demonstrieren, nicht streiken und noch nicht einmal ihren eigenen Laden als Protestmaßnahme schließen, obwohl man sich wohl kaum eine friedlichere Form des Protestes vorstellen kann.

Ich zähle diese Tatsachen nicht nur deshalb auf, weil ich sie schärfstens verurteile und entschiedener Gegner solcher Maßnahmen bin, sondern vor allem, um zu betonen, daß in ihnen die Wurzel des palästinensischen Terrorismus begründet ist. Und obwohl ich jeglichen Terrorismus verurteile - sei es palästinensischer oder israelischer, wobei letzterer allerdings aufgrund der Zahl der unschuldigen Opfer gewichtiger ist - laste ich den Hauptteil der Verantwortung der israelischen Regierung an. Es ist schließlich nur natürlich, daß ein Volk, dessen bloße Existenz geleugnet wird, dem die einfachsten Familien- und Menschenrechte verweigert werden und das nicht das Recht hat, einen politischen Kampf zu führen, andere Kampfformen wählt. Manche Formen müssen freilich entschieden abgelehnt werden.

Verletzung der Genfer Konvention

Darüber hinaus verletzt Israel in den eroberten Gebieten schamlos und zynisch die Genfer Konvention. Die gleichen Leute, die die Frechheit besaßen, sich auf die Genfer Konvention - die Kriegsgefangenen betreffend - zu berufen, als sie durch die Syrer verletzt wurde, die gleichen Leute schwiegen und schweigen, wenn Israel flagrant den vierten Abschnitt der Genfer Konventionen von 1949 verletzt, in dem der Status von Bewohnern besetzter Gebiete festgelegt wird. Von den vielen Verletzungen will ich nur drei nennen, die auf der Basis einstimmiger Einigkeit in Israel begangen werden.

Nehmen wir zum Beispiel die Sprengung von Häusern und andere kollektive Bestrafungen.



Die Tatsachen sind wohlbekannt: Wenn die Besatzungsmacht einen Verdächtigen verhaftet, wird der Befehl, das Haus, in dem er lebte, zu zerstören, noch vor der Gerichtsverhandlung gegeben, manchmal sogar noch bevor er "offiziell" unter Anklage gestellt wird.

Manchmal ist es das Haus seiner Familie, manchmal nicht. Manchmal werden noch "Verfeinerungen" eingeführt: Alle Bewohner des Dorfes werden gewaltsam auf einem nahegelegenen Hügel zusammengetrieben, um die "Erziehungsmaßnahmen" mitanzusehen. Es muß betont werden, daß solche Maßnahmen zutiefst barbarisch sind.

Leute, die sogar nach Ansicht der Behörden unschuldig sind, werden enteignet. Kinder, Alte, Frauen, Kranke und Krüppel werden alle zusammen auf die Straße geworfen, egal bei welchem Wetter. Das ist ein Beispiel der

kollektiven Bestrafung, die ausdrücklich durch die Genfer Konvention verboten wurde und natürlich auch gegen jegliches elementare Gerechtigkeitsempfinden verstößt. Mehr als einmal hatte ich im Rahmen meiner Funktionen Gelegenheit, mit einer solchen Familie in den Ruinen ihres Hauses zu sitzen. Und nichts hat mich mehr vom barbarischen Charakter unseres Besatzungsregimes überzeugt, als der Anblick der Kinder in den Ruinen ihres Hauses. (...)

Meiner Meinung nach zeigen alle die kollektiven Bestrafungen sowie die Rechtfertigungsversuche, in welchem Maße der Staat Israel zunehmend die Wertvorstellungen und Auffassungen des Antisemitismus adaptiert hat. (...)

Vertreibung Einzelner

Ich habe bereits von den Massenvertreibungen gesprochen, die 1968 unterbrochen wurden, nachdem König Hussein seine Zusammenarbeit aufgekündigt hatte. Aber die Vertreibung der Menschen geht weiter. Hier wiederum ist die Geschichte ganz einfach. Die Behörden kommen mitten in der Nacht zum Haus eines Mannes. Sie geben ihm eine halbe Stunde Zeit, seine Sachen zu packen; während dieser Zeit stellen sie sicher, daß weder er noch seine Familie Kontakt nach außen aufnehmen können. Eine Gruppe solcher Leute wird ins Jordantal gebracht und dort mittels Schlägen und Schüssen (wobei sie sogar durch die Schläge verwundet werden) gezwungen, den Jordan zu durchqueren. Die meisten der so Vertriebenen gehören zur Führungsschicht der palästinensischen Nation: Bürgermeister von Städten, Rechtsanwälte, Ingenieure und Intellektuelle. Natürlich wirft man ihnen offiziell nichts vor, damit sie keine Möglichkeit haben, sich zu verteidigen. Am Tag danach verkündet die israelische Regierung, sie hätten die Bevölkerung "aufgehetzt"; und die israelischen Intellektuellen, Richter, Rechtsanwälte, Schriftsteller und andere, die z.B. über die Schikanen gegenüber "Einwanderungsaktivisten" in der UdSSR ein Geschrei anheben, verlieren nicht ein einziges Wort der Verurteilung über diesen barbarischen Akt, durch den ein Mensch, aus seiner Heimat vertrieben, ein Vater von seiner Familie getrennt wird - und das alles ohne gerichtliche Anklage. Und dann sagen sie den ihrer Ernährer beraubten Familien: Warum geht ihr nicht auch und vereint euch wieder? In vielen Fällen weist die Familie diese Art "liberaler" Einstellung zurück, sie bleibt und leidet, sei es auch nur, um dem Plan der israelischen Behörden, möglichst

viele Palästinenser aus ihrem Land zu vertreiben, zu vereiteln. (...)

Jüdische Siedlungen in den eroberten Gebieten

Zur Zeit der Diskussion über "legale" und "illegale" Siedlung gab es in Israel eine Tendenz zu vergessen, daß jegliche Ansiedlung von Bürgern einer erobernden Macht in den besetzten Gebieten eine Verletzung des vierten Abschnittes der Genfer Konvention ist. Ich betrachte die durch die israelische Regierung genehmigten "legalen" Ansiedlungen mit viel größerer Opposition als die "illegalen". Nicht nur wegen der Genfer Konvention, und nicht nur weil es den Frieden verhindert (welchen Frieden?), sondern aus grundlegenden Motiven: Die jüdischen Ansiedlungen in den besetzten Gebieten stellen aufgrund ihrer eigenen Natur Enteignung, Diskriminierung und ein System der Apartheid dar. Diese Gebiete, seien sie nun konfisziert oder durch Druck oder Betrug zur Besiedlung erworben, werden zu Gebieten, in denen jetzt und in Zukunft nur Juden wohnen dürfen. Sie werden zu typischen imperialistischen Basen, die den strategischen Bedürfnissen der Kolonialmacht, die sie errichtet hat, dienen - in diesem Fall Israel. So ist auf dem Weg der "legalen" Besiedlung die Siedlung "Jordantal" auf das Westufer ausgedehnt worden und reicht fast bis zu den östlichen Vorstädten von Nablus. So stellt der Ghazastreifen ein Konzentrationslager dar (und es ist auch wie ein Konzentrationslager mit Stacheldraht umzäunt), "bewacht" durch die Siedlungen des Rafa-Gebietes und der "Jüdischen Finger". Diese Kibbuzim sind von Moshe Dayan und Arik Sharon in den Ghazastreifen gepflanzt worden. Es wird jedem klar, der Willens ist, sich die Landkarte anzusehen, welche Funktion diese Siedlungen haben: territoriale Expansion, Versklavung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten. (...)

Gibt es jüdischen Terrorismus?

Um Zeit zu sparen, will ich nicht auf den Terrorismus aller jüdischer Untergrundorganisationen in der Zeit des britischen Mandates über Palästina eingehen, sondern mit der Existenz des Staates Israel beginnen. Es gibt, glaube ich, wohl kaum einen Mann, der den Namen Terrorist mehr verdient als Meir Har-Zion. In seinem Tagebuch und seinen vielen Interviews in der israelischen Presse stellt dieser Mann ganz offen zur Schau, nicht nur welcher ein Attentäter er war, sondern auch, wie er mit Freuden - ganz einfach und ausschließlich aus Lust - mordete. Und wie sehr er es genießt, einen Ara-

ber zu töten, vor allem mit dem Messer, weil er dann "inden vollen Genuß seiner Männlichkeit" kommt (Ha'aretz weekly supplement, 11.9.1965).

Ich möchte dazu die "Beiruter Expedition" vom April 1973 hinzufügen, in der nicht nur PLO-Führer ermordet wurden, sondern auch eine Frau, deren einziges Verbrechen darin bestand, ihre Nachbarin zu sein. Ich will weiterhin die Napalmbombardements gegen Irbid, Es-Salt und andere jordanische Städte im Sommer 1968 nennen oder auch die Geflogenheit, während des Sommers 1974 Flüchtlingslager im Libanon zu bombardieren, und zwar nicht mit "normalen" Bomben, sondern mit Zeitbomben, die erst nach ein, zwei Stunden explodieren - also dann, wenn die Familien und Erste Hilfe Gruppen in den Ruinen suchten, um die Verwundeten zu retten. (...)

Man muß in der Tatsache, daß alle, die die israelische Regierung unterstützen, sei es in offener, ausdrücklicher Manier, sei es im Verborgenen, sich weigern, eine unabhängige Untersuchung der Frage zu fordern, den schlagendsten Beweis dafür sehen, daß die israelische Regierung und ihre Agenten systematisch Tausende von Menschen foltern.

Nazifizierung

Ich fürchte mich nicht - weder auf dem einen noch auf dem anderen Gebiet, wenn es auch sicherlich nicht in jeder Hinsicht zutrifft - den Vergleich damit zu wagen, "was das deutsche Volk zwischen den beiden Weltkriegen befiel". Und ich fürchte mich nicht öffentlich zu sagen, daß die israelischen Juden und mit ihnen die meisten Juden in der ganzen Welt einen Prozeß der Nazifizierung durchlaufen. Verdient denn ein Volk, dessen offizieller "Held" Meir Har-Zion ist, einen anderen Titel? Würden wir denn ein Volk anders benennen, dessen Held genüßlich Juden mit dem Messer umbringt, um das Blut spritzen zu sehen? Und war es nicht der Nazi "Horst Wessel", der genießerisch davon sprach, wie jüdisches Blut von seinem Messer tropft?

Aber das Schweigen, das die Anschuldigungen anderer umhüllt, ist schlimmer. Es schließt - genau wie damals in Deutschland - nicht nur die unter uns ein, die meiner Meinung nach wirkliche Nazis sind (und davon gibt es eine ganze Menge), sondern auch die, die nicht gegen den jüdischen Nazismus protestieren, solange sie nur glauben, es diene jüdischen Interessen. (...)

(Quelle: PLO, Palestine lives, Nr.1/
Februar 1975, S. 12-15)

Appell der Kommunistischen Partei Brasiliens

Die faschistische Militärdiktatur Brasiliens, die das Land seit elf Jahren beherrscht, hat ein Klima ständiger Verfolgungen und der Gewalt geschaffen und bedroht den Frieden und die demokratischen Ordnungen in Lateinamerika. Seit einiger Zeit verstärkt sie die brutale Unterdrückung des werktätigen Volkes und betreibt gleichzeitig eine heftige antikommunistische Kampagne.

Das gepriesene sogenannte brasilianische Wunder, das auf Kosten einer äußerst verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes sowie der Plünderung der Reichtümer des Landes durch ausländische Monopole, insbesondere der USA, und einheimischer Konzerne geschaffen wurde, steht gegenwärtig vor ernsthaften und wachsenden wirtschaftlich-finanziellen Schwierigkeiten. 1974 stieg die Inflation um 35 Prozent, und die Auslandsverschuldung belief sich auf 18 Mrd. Dollar.

Das brasilianische Modell des Wirtschafts„wunders“ wird mit Bajonetten aufrechterhalten und mit einer heftigen demagogischen Kampagne propagiert. Im Laufe der vergangenen Jahre wurde sein Charakter immer mehr entlarvt. Das Volk organisierte sich in unterschiedlichster Form und brachte seinen Protest zum Ausdruck. Die Arbeiterklasse verdoppelte 1974 die Zahl ihrer Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Bauern organisierten sich und kämpften für ihre Rechte und eine Agrarreform. Die Intellektuellen prangerten auf nationalen Treffen die Willkür des Regimes an und fordern, die Zensur aufzuheben. Die Studenten bekämpften den an den Universitäten und Schulen eingeführten „kulturellen Terror“. Die Katholische Kirche bekundete fest ihre Opposition gegenüber den Folterungen, ungesetzlichen Verschleppungen und Verhaftungen und verteidigt die Würde des Menschen. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens fordern die Rückkehr zur Gesetzlichkeit.

Erfolg der antidiktatorischen Opposition

Diese das ganze Volk erfassende Protestwelle erreichte im November 1974 bei den Wahlen für den Nationalkongreß, dessen Aufgaben erheblich beschnitten sind und der von den faschistischen Machthabern fast vollständig seiner Befugnisse beraubt wurde, ihren Höhepunkt. Obwohl die Tätigkeit der Kandidaten stark eingeschränkt, sie direkt oder indirekt bedroht, viele von ihnen verhaftet oder ermordet wurden, erlangte die antidiktatorische Opposition bei diesen Wahlen über 60 Prozent der Stimmen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß dieser Stimmenanteil in den größten Industriezentren und Städten über 80 bzw. 90 Prozent betrug. Die Brasilianische Kommunistische Partei, die das Volk aufgerufen hatte, seine Stimme als Waffe des Protestes auszunutzen, spielte

während der Kampagne eine bedeutende Rolle und trug dazu bei, Bedingungen für eine breite antifaschistisch-patriotische Front zu schaffen, um das militärpolitische Regime zu isolieren und schließlich zu vernichten.

Angesichts dieser massiven Ablehnung durch das Volk versucht die kleine reaktionäre Gruppe der sich an der Macht befindlichen Generale, den Terror und die Verfolgungen demokratischer Führer, insbesondere der Mitglieder und führenden Kräfte der Brasilianischen Kommunistischen Partei, zu verschärfen. Mit Hilfe der Polizei und des Militärs werden seit Dezember 1974 in den größten Städten des Landes umfangreiche Operationen gegen die Partei geführt. Im Januar stürmten z. B. Polizisten zwei Druckereien, in denen „Voz Operária“, das Zentralorgan der Brasilianischen Kommunistischen Partei, gedruckt wird. Hunderte von Personen wurden bei diesen Aktionen verhaftet. Unter ihnen befinden sich das Mitglied des Zentralkomitees der Brasilianischen Kommunistischen Partei, Marco Antonio Coelho, die Genossen Elson Costa und Raimundo Alves-de Souza sowie viele andere Demokraten und Patrioten.

Gescheiterte Rechtfertigungsversuche

Angesichts der Ablehnung durch das Volk und der Proteste der Weltöffentlichkeit gegen diese Machenschaften sah sich die Diktatur gezwungen, eine öffentliche Erklärung abzugeben. Über eine Kette nationaler Fernseh- und Rundfunkstationen verbreitete der faschistische Minister für „Justiz“, Armando Falcão, ein Kommuniqué, in dem er die verschärfte Unterdrückung der demokratischen Kräfte zu rechtfertigen suchte. Dabei mußte er eingestehen, daß

die Brasilianische Kommunistische Partei eine bedeutende Rolle beim Sieg der Opposition gespielt habe. Mit dieser Ansprache zerstörte Falcão die Illusionen verschiedener politischer Kreise in bezug auf die Politik der sogenannten schrittweisen Demokratisierung und angeblicher Liberalisierungstendenzen in der Politik des Diktators Geisel.

Die Diktatur verbreitete später eine zynische Note, in der sie die Verantwortung für die Verschleppung mehrerer antifaschistischer Kämpfer, unter ihnen fünf Mitglieder der BKP, ablehnte. Die Patrioten waren vor fast einem Jahr verhaftet worden. Diese offizielle Erklärung mochte der Öffentlichkeit die unumstößliche Verantwortung der Diktatur für das Leben der verhafteten und wahrscheinlich ermordeten Personen sehr deutlich. In Brasilien verstärken sich die Aktionen zur Rettung des Lebens und für die Freilassung der politischen Häftlinge. So unterzeichneten 131 Bundesabgeordnete ein Gesuch, in dem die Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gefordert wird, die den Aufenthaltsort der vermißten Personen feststellen soll. Die Nationale Konferenz der Bischöfe Brasiliens kündigte einen Aufruf für die allgemeine Amnestie an. Der ehemalige Präsident des Obersten Bundesgerichts, Alomar Baleeiro, prangerte die Verbrechen an, die in Brasilien gegen die Menschenrechte begangen werden. Er nannte u. a. ungesetzliche Verhaftungen, Folterungen, Verschwinden von Personen und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Das brasilianische Volk und die BKP schätzen die Initiativen von kommunistischen Bruderparteien und bedeutenden internationalen Organisationen und Persönlichkeiten hoch ein, die gegen die Willkür der Diktatur protestierten. So forderte der Weltgewerkschaftsbund (WGB) Papst Paul VI. und UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim auf, sich für die Personen einzusetzen, deren Leben in Gefahr ist. Gemeinsam mit anderen Organisationen sandte der WGB ein Telegramm an Diktator Geisel und forderte ihn auf, die neue Welle der Gewalt und des Terrors gegen die Werktätigen und das Volk Brasiliens zu beenden.

In dieser für die Brasilianische Kommunistische Partei und das brasilianische Volk schwierigen Situation ist die internationale Solidarität besonders wertvoll. Sie hat es erreicht, daß in verschiedenen Ländern zahlreiche Patrioten ihre Freiheit wiedererlangen konnten. Sie kann dazu beitragen, daß das Leben der Genossen David Capistrano, João Massena Melo, Walter Ribeiro, Luis Maranhão, José Roman und anderer verschleppter Kämpfer geschützt und die Genossen Marco Antonio Coelho, Elson Costa, Raimundo Alves de Souza und viele andere Demokraten und Patrioten freigelassen werden.



Demonstration nach der Ermordung des des Antifaschisten Luis Edson

Seit seiner Gründung machte es sich das Antimperialistische Informationsbulletin zur Aufgabe, den Kampf der Völker in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegen koloniale und neokoloniale Ausbeutung, für nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt darzustellen.

Über den Anteil der Arbeiterklasse an diesem Prozeß haben wir schon häufig berichtet, so z.B. über den Kampf der chilenischen Arbeiter gegen Imperialismus und einheimische Reaktion oder über die Streiks der südafrikanischen Arbeiter.

Dieser Bedeutung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung in den Entwicklungsländern wollen wir nun in Zukunft verstärkt im Antimperialistischen Informationsbulletin durch die Einrichtung einer Reihe "Arbeiterbewegung" Rechnung tragen. Unter Arbeiterbewegung sollen dabei die verschiedenen Kämpfe der Lohnarbeiter, ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gefaßt werden.

Ökonomische Besonderheiten

Wenn man die Arbeiterklasse definiert als die Gesamtheit der Lohnarbeiter bzw. Lohnabhängigen, die der Bourgeoisie antagonistisch gegenüberstehen, der Produktionsmittel beraubt sind, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben und eine untergeordnete Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion einnehmen, dann fällt zunächst auf, daß die Arbeiterklasse in den Entwicklungsländern zahlenmäßig relativ schwach ist: Ihr Anteil an der berufstätigen Bevölkerung beläuft sich auf durchschnittlich 35%, gegenüber 75-80% in Westeuropa. Hinzu kommt, daß aufgrund der durch die Kolonialherrschaft deformierten Wirtschaftsstruktur dieser Länder - kapitalistische Produktionsformen wurden sporadisch von außen hineingetragen und vorkapitalistische Verhältnisse nehmen einen breiten Raum ein - der größte Teil der Lohnarbeiter in der Kleinproduktion tätig ist. Schließlich sind, anders als etwa hierzulande, rund die Hälfte der Lohnarbeiter der "Dritten Welt" - und dies ist ein Ausdruck des agrarischen Charakters ihrer Volkswirtschaften - in der Landwirtschaft beschäftigt: als Knechte, Tagelöhner und Plantagenarbeiter. Der Kern der Arbeiterklasse, nämlich das mit der Großproduktion verbundene Industrieproletariat, das den Industriearbeitern Westeuropas (ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung: rund 40-45%) ver-

gleichbar ist, repräsentiert hingegen im Durchschnitt in den Entwicklungsländern nur 3-4% der Bevölkerung.

Wenn nun die Arbeiter der Entwicklungsländer zahlenmäßig nur einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen und zudem noch von überkommenen vorkapitalistischen Strukturen geprägt werden, warum messen wir ihnen dann trotzdem eine hervorragende Bedeutung zu?

Dazu muß zunächst gesagt werden, daß die zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse in den verschiedenen Hauptregionen der "Dritten Welt" und in den einzelnen Entwicklungsländern sehr große Unterschiede aufweist. So betrug der Anteil der Lohnarbeiter an der berufstätigen Bevölkerung Anfang der 70er Jahre in Lateinamerika 61% und in Nordafrika 50%, in Tropisch Afrika dagegen aber lediglich 13%. So erreichte dieser Lohnarbeiteranteil 1970 in Argentinien, Chile oder Uruguay bereits 70-75%, während er in Tschad, Niger oder Dahome ganze 2-6% zählte.

Zwar gehören zu den Lohnarbeitern auch Teile der Angestellten und Beamten, so daß diese Zahlen keinen exakten Ausdruck der zahlenmäßigen Stärke der Arbeiterklasse vermitteln. Aber sie vermögen ausreichend Aufschluß zu geben über den Grad der sozialökonomischen Entwicklung dieser Länder. Die ökonomische und politische Reife der Arbeitermassen und ihrer Kämpfe in diesen Ländern unterscheidet sich nicht grundsätzlich von denen der kapitalistischen Industrieländer.

Gerade die Beispiele Chile oder Argentinien bezeugen die politische Bedeutung der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die einheimischen Oligarchien und den Imperialismus. An den Errungenschaften der Volkseinheitsbewegung in Chile wie am heutigen antifaschistischen Widerstand waren und sind die chilenische Einheitsgewerkschaft CUT und die revolutionären Arbeiterparteien führend beteiligt. Die Kämpfe der argentinischen Arbeiter ließen die politische Instabilität des bestehenden kapitalistischen Systems deutlich werden, und sie vermochten die rechten Militärs zu zwingen, 1973 Wahlen auszusprechen und demokratischere Verhältnisse einzuführen.

Auch die Arbeiterklasse in den afro-asiatischen Ländern wurde trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke vielfach zu einer Hauptstütze der antimperialistischen nationaldemokratischen Befreiungsorganisationen,

die den Kampf um ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit anführt. Im Unterschied zur Situation in den kapitalistischen Industrieländern sieht sich die revolutionär-demokratische Bewegung in der "Dritten Welt" auch heute noch in erster Linie vor die Aufgabe der nationalen Befreiung von imperialistischer Vorherrschaft gestellt; richtet sich ihr Kampf primär gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch das ausländische Kapital, das sich auf die einheimische Bourgeoisie und die Feudalherren stützt. Eine weitere Besonderheit dieses Kampfes besteht darin, daß er in starkem Maße auf die Beseitigung der meist noch vorkapitalistischen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse auf dem Lande gerichtet ist.



José Venturelli: Chilenische Salpetergrubenarbeiter

Immer deutlicher zeigt sich, daß die nationalen Kämpfe gegen das ausländische und einheimische Großkapital, gegen die Großgrundbesitzerklasse heute verstärkt in einen sozialen Befreiungskampf gegen die Gesamtheit der Ausbeutungsverhältnisse hinüberwachsen, wobei die bewußte Entscheidung für einen Entwicklungsweg mit sozialistischer Perspektive immer stärker in den Blickpunkt rückt. Als entscheidende Kraft traten Gewerkschaftsbewegungen und revolutionäre Arbeiterparteien, im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und der Intelligenz, beim Aufbau des Sozialismus in Vietnam oder Kuba hervor.

Der vorwärtstreibende Charakter der Arbeiterbewegung wird besonders deutlich auch in

jenen Ländern, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben. Beispielsweise führten die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung in Algerien 1971 zur Nationalisierung der privatkapitalistischen Schuhbetriebe oder in der VR Kongo zur Überführung der holzverarbeitenden Betriebe in Volkseigentum. In Tanzania trat die Nationale Gewerkschaftsunion als Initiator antikapitalistischer, sozialökonomischer Umgestaltungen auf. Ähnliche Aufgaben nahmen die Gewerkschaften bei der Nationalisierung der Großunternehmen 1961-1964 in Ägypten wahr.

Arbeiterbewegung als einigende Kraft

Dieser Prozeß verläuft allerdings nicht in allen Entwicklungsländern gleichmäßig und ohne Rückschläge. Der geringe organisatorische und ideologische Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse in einer Vielzahl vor allem afro-asiatischer Länder, ihre häufig noch geringen politischen Kampferfahrungen, ihr Behaftetsein mit rückständigen Denkformen aufgrund des Hineinwirkens überkommener Gesellschaftsstrukturen auch in Teile der Arbeiterschaft - diese Faktoren wirken dem Prozeß des Zusammenschlusses, der organisatorischen Vereinheitlichung und der Erhöhung der Kampfkraft der proletarischen Massen immer wieder hemmend entgegen. Doch nimmt gerade in unserer Zeit im Zuge eines allgemeinen Aufschwungs der Massenkämpfe des Proletariats in den kapitalistischen Ländern der "Dritten Welt" auch ihre politische Reife und aktive Teilnahme am nationalen Befreiungskampf spürbar zu, so daß den Spaltungsversuchen der ausländischen und einheimischen Reaktion zusehends geringere Erfolge beschieden sind. Als ein Beispiel hierfür steht die Aktionseinheit der hinduistischen und mohammedanischen Arbeiter Indiens, die den 1969/70 von reaktionären Kräften entfesselten religiös-chauvinistischen Programmen der mohammedanischen Seite mit gemeinsamen Streikmaßnahmen und der Aufstellung von bewaffneten Selbstverteidigungstrupps begegneten.

In unserer Serie "Arbeiterbewegung" sollen künftig neben Problemen der Herausbildung, Formierung und der unterschiedlichsten Kampfbedingungen des Proletariats, sowohl Fragen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegungen auf nationaler wie internationaler Ebene als auch die Massenkämpfe und die Rolle der Arbeiterparteien in den gesamt-nationalen Bewegungen für Unabhängigkeit und soziale Befreiung, Berücksichtigung finden.

Die jüngsten Streikbewegungen in der Republik Südafrika dokumentieren aufs Neue die zunehmende Kampfbereitschaft der südafrikanischen Arbeiterklasse (vgl. auch Streikeinschätzungen in AIB Nr. 3/1973 und Nr. 10/1973), deren Aktionen die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit immer wieder auf die rassistische Unterdrückung lenken und ihre Solidarität hervorrufen.

Die Situation der 9 Mio afrikanischen (schwarzen und farbigen) Arbeiter in der RSA ist gekennzeichnet durch extremste Ausbeutung und Unterdrückung, politische und soziale Rechtlosigkeit. Eine weitere Verschärfung erfährt ihre Lage durch die im Apartheidsystem juristisch verankerte Rassenschranke, derzufolge die afrikanischen Arbeiter nur ungelernete oder angelernte Arbeiten ausführen dürfen, während alle qualifizierten Tätigkeiten und Leitungsfunktionen Weißen vorbehalten sind.

Die so von den herrschenden Kreisen institutionalisierte Spaltung der Arbeiterklasse in eine weiße Arbeiteraristokratie - versehen mit Privilegien, Vergünstigungen und sozialen Rechten - einerseits und die überwältigende Mehrheit der schwarzen und farbigen Arbeiter andererseits findet ihre Widerspiegelung in der südafrikanischen Gewerkschafts-

bewegung. So wurde die einzige nicht-rassistische Gewerkschaftsunion, der South African Congress of Trade Unions (SACTU) illegalisiert, während sich der weiße Gewerkschaftsrat, der Trade Union Council of South Africa (TUSCA), oder gemischte Gewerkschaften, die völlig unter der Kontrolle von Weißen stehen, frei betätigen dürfen.

Der nachstehende Beitrag von R.E. Braverman zeigt auf, wie die rasante kapitalistische Entwicklung Südafrikas Widersprüche entstehen läßt zwischen der Politik der Rassenschranke und den neuen Erfordernissen der industriellen Entwicklung, die auf eine Korrektur der Apartheidpolitik drängen. Der Autor analysiert die Ursachen und ökonomischen Auswirkungen dieses Prozesses und schildert die Reaktion in Regierungskreisen wie innerhalb der weißen Gewerkschaftsführung.

Der 2. Teil der Analyse von R.E. Braverman, der in der nächsten Ausgabe des AIB erscheint, beschäftigt sich mit den Auswirkungen dieser Veränderungen auf die Kampfbedingungen und die Strategie der in der Illegalität arbeitenden südafrikanischen Befreiungsorganisation ANC und der Gewerkschaftsunion SACTU.

R. E. Braverman

Die südafrikanische Arbeiterklasse: Jüngste Veränderungen, neue Aussichten (1. Teil)

In Südafrika gehen bedeutende Veränderungen vor. Einige von ihnen sind das Ergebnis ökonomischer Notwendigkeiten; andere das Resultat inneren und äußeren Drucks. Für unsere Befreiungsbewegung ist es von großer Bedeutung, das Wesen dieser Veränderungen und Anpassungen zu erkennen und herauszufinden, ob grundlegende Veränderungen eingetreten sind.

Seit der Hungersnot in den 30er Jahren kehren die Weißen den ländlichen Gebieten den Rücken. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist in diesem Sektor allgemein zurückgegangen. Die Einführung von Nähmaschinen und chemischer Unkrautvertilgungsmittel senkte die saisonale Nachfrage nach afrikanischen, "farbigen" und asiatischen Arbeitskräften. Im Gegenzug stieg aber der Bedarf an Arbeitskräften in den städtischen Industrien, besonders in der Verarbeitungsindustrie und im Bauwesen.

In einem früheren Artikel¹⁾ machte ich auf die Veränderungen in der Zusammensetzung der südafrikanischen Arbeiterschaft aufmerksam, insbesondere auf die in den letzten dreißig Jahren beträchtliche Verminderung des Anteils derjenigen Arbeiter aller Rassen, die als 'Hilfsarbeiter' bezeichnet werden. Dieser Rückgang läßt sich in erster Linie

auf den technologischen Fortschritt und die vermehrte Anwendung von Maschinen in den industriellen Unternehmen außerhalb des Bergbaus zurückführen. Die Hilfsarbeiter einer früheren Periode sind heute zum großen Teil Arbeiter oder Maschinenüberwacher, sowohl in der Verarbeitungsindustrie als auch im Baugewerbe.

Zweitens sind die von 'weißen Hilfskräften' ausgeführten Tätigkeiten zu 'angelernten Beschäftigungen' aufgewertet worden, und diese neue Einstufung wurde auch auf die afrikanischen, farbigen und asiatischen Hilfsarbeiter übertragen.

Ein weiterer Faktor ist die chronische Knappheit an Facharbeitern in vielen Berufen. Von der Südafrikanischen Industriekammer und der Vereinigten Handelskammer durchgeführte Untersuchungen beziffern diesen Mangel auf 101.000²⁾.

Dieser Engpaß hat sich in den letzten drei Jahren sicherlich nicht abgeschwächt; er wird sich im Gegenteil unzweifelhaft verschärfen infolge der durch den steilen Preisanstieg von Gold und anderen Mineralien geschaffenen Bedingungen.

Die Unternehmer sind sich im allgemeinen bewußt, daß die Nachfrage nach Facharbeitern nicht befriedigt werden kann, ohne daß die

Rassenschranken durchlässiger, wenn nicht ganz aufgehoben werden. 94% der Unternehmer vertreten die Ansicht, daß es afrikanischen Arbeitern erlaubt werden sollte, Fachkräfte in den 'weißen' Gebieten zu werden³⁾.

H.F. Oppenheimer beklagte in einer Ansprache vor dem Südafrika-Club, daß die hochentwickelte Wirtschaft des Landes bei weiterer Verwendung von ungelernten und un-spezialisierten Wanderarbeitern und akutem Mangel an Facharbeitern nicht weiter wachsen könne.⁴⁾ Unternehmer der Maschinenbauindustrie, aus dem Baugewerbe und der Verarbeitungsindustrie haben verschiedentlich in den letzten fünf Jahren den Mangel an Facharbeitern beklagt. Und solche Ansichten sind nicht auf den privaten Sektor beschränkt: Bei der Erörterung der Entwicklungsaussichten in den Bereichen Eisenbahn- und Hafenbetriebe, Post sowie Provinz- und Gemeindeverwaltungen, äußerten Leitungsgremien ähnliche Befürchtungen.

Die Einwanderung läßt nach

Die geplante und geförderte Einwanderung aus Europa wird nicht mehr länger als realistische Alternative zu einer vermehrten Beschäftigung schwarzer Arbeiter in qualifizierten Berufen angesehen.

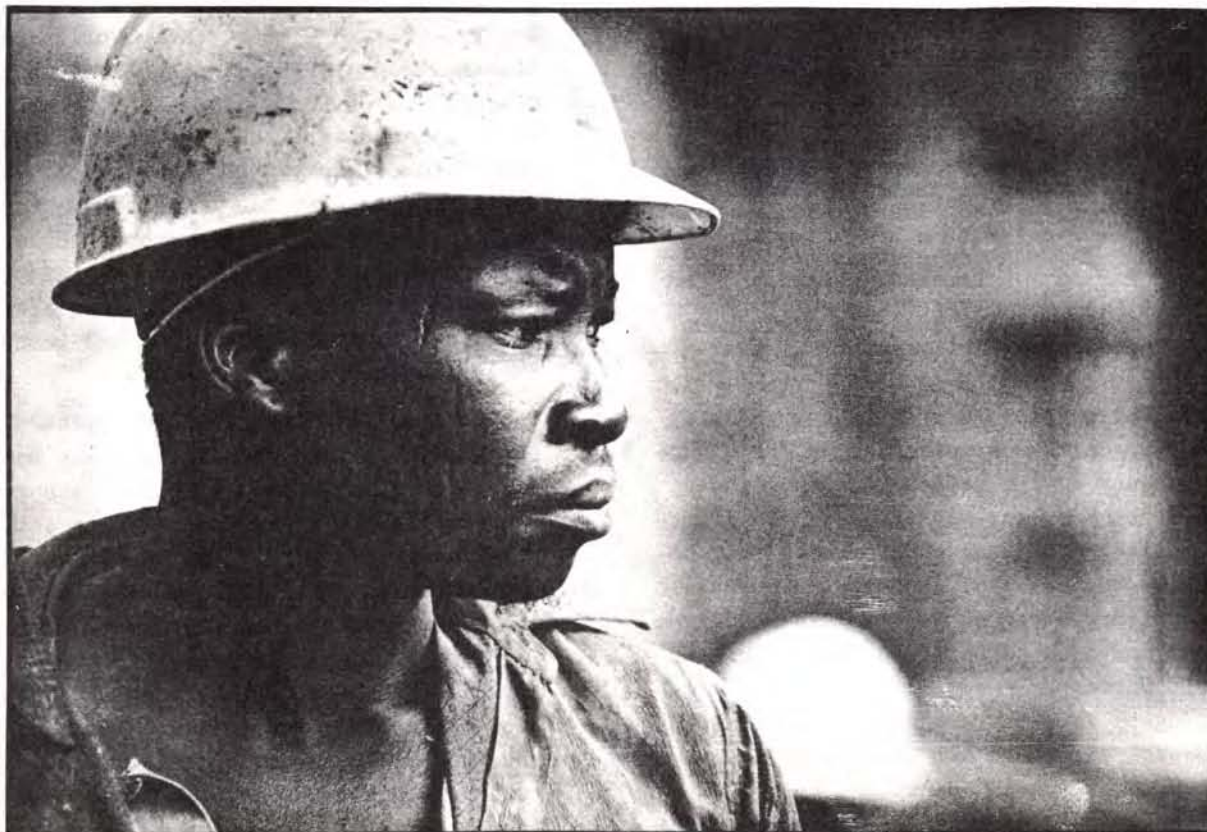
Zwar hat die Regierung der Nationalisten ihre Versuche nicht aufgegeben, die Einwanderung zu fördern, sowohl um die weiße Bevölkerungsgruppe zu stärken, als auch um Facharbeiter und Angestellte für Industrie

und Handel zu bekommen. Aber diese Anstrengungen zeitigen immer geringere Resultate, zum einen wegen der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Westeuropa, zum anderen wegen der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung.

1973 betrug die geschätzte Einwanderungsquote 24.000 Personen, verglichen mit 32.000 im Jahr 1972, 36.000 1971 und 41.000 1970. Die Zahl der Einwanderer sank und die Zahl der Weißen, die das Land verließen, steigt ständig.

Die großen Staatsunternehmen, vor allem Eisenbahn und Post, reagierten auf die Arbeitsmarktlage, indem sie schwarze Arbeiter in Stellungen aufnahmen, die früher nur für Weiße reserviert waren⁵⁾. Die Postverwaltung beschloß, farbige, indische und afrikanische Techniker in Kapstadt, Durban und Pietersburg auszubilden. 1973 wurde ein Ausbildungszentrum für afrikanische Post-"Gehilfen" in Orlando, Johannesburg, eröffnet. Die Schüler erhielten die gleiche theoretische und praktische Ausbildung wie die Weißen⁶⁾.

Wo es möglich ist, wird die Einstellung von schwarzen Facharbeitern oder Angestellten als Maßnahme zur Erfüllung der Apartheid-Politik ausgegeben. Mehr als 200 Postämter in Gebieten für Nichtweiße sind ausschließlich mit Afrikanern, Farbigen und Indern besetzt; und in einer beträchtlichen Anzahl von "weißen" Postämtern werden Angehörige dieser Völker ausgebildet und eingeteilt, um ihre



Rassenangehörigen zu bedienen⁷⁾.

Obwohl von diesen Entwicklungen gesagt wird, sie stünden im Einklang mit den Zielen der Apartheid, dienen sie in erster Linie dazu, den Mangel an weißem Fachpersonal zu mildern.

Die Überlebtheit der Rassenschranke

Für die Aufgabe der traditionellen Rassentrennung sowohl bei der Eisenbahn als auch im Postdienst können eine Reihe von Gründen angeführt werden. Beide Bereiche waren notorische Reservate für weiße Angestellte. Aber der politische und gewerkschaftliche Druck der Weißen hat sich unter den Bedingungen eines angespannten Arbeitsmarkts und der Abwanderung von weißem Personal in den Privatsektor der Industrie und des Handels abgeschwächt.

Noch steht die Abschaffung der Klauseln über die Rassentrennung im Industrial Conciliation Act (Gesetz über den Arbeitsfrieden) oder die Beseitigung der Stellenreservierung keineswegs zur Diskussion. Alte Vorurteile und das Festhalten an überholten Vorrechten bestimmen weiterhin die Parteipolitik. Aber die Erkenntnis, daß die alte Ordnung sich dem Ende nähert, kommt in Äußerungen von Regierungssprechern zum Ausdruck.

In seiner Grußadresse anlässlich eines Banketts zum 25. Jahrestag des rein weißen Koordinierungsrates der südafrikanischen Gewerkschaften, der den harten Kern der Anhänger der Nationalisten-Partei in den Gewerkschaften repräsentiert, bemerkte Premierminister Vorster, daß

"das traditionelle Arbeitssystem sich ändern müsse, um eine hohe wirtschaftliche Wachstumsrate zu sichern. Diese Anpassung würde schwarzen Arbeitern erlauben, Tätigkeiten mit höheren Qualifikationsanforderungen zu übernehmen und ihnen die Möglichkeit geben, mehr zu verdienen." Wie vorauszusehen war, gab er "die Versicherung, daß es nicht zugelassen werde, daß die Besserstellung der schwarzen Arbeiter die Sicherheit der weißen Arbeiter gefährde", und appellierte an die Kooperation der weißen Arbeiter bei der Ausbildung von Afrikanern für qualifiziertere Tätigkeiten mitzuwirken. 8)

Private Unternehmer, die jahrelang gegen die Rassenschranke argumentierten, sind nunmehr gezwungen, die weißen Gewerkschaften durch Bestechung zur Modifizierung ihrer monopolistischen Haltung zu überreden. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür ist die Übereinkunft, die zwischen den Maschinenbauunternehmen und den zehn betroffenen Gewerkschaften erzielt wurde⁹⁾.

Die jüngste Vereinbarung erlaubt Afrikanern die Beschäftigung in der Lohngruppe C, was einen wöchentlichen Mindestlohn von 47,70 Rand (ca. DM 240,-) bedeutet. Ausgehend von

diesem Abkommen in der Maschinenbauindustrie vermochten die Minenbesitzer die weißen Gewerkschaften zu überreden, der Einstellung von Afrikanern als 'Handwerker-Gehilfen' zuzustimmen, wofür sie als Gegenleistung höhere Löhne und außertarifliche Vergünstigungen für die weißen Minenarbeiter und Handwerker anboten¹⁰⁾.

Diese Beispiele einer institutionalisierten Abkehr von den rigiden Rassenschranken in der Industrie deuten aber nur die Spitze eines Eisberges an. Umgehungen und offene Durchbrechungen der Rassenschranken sind in großem Umfang in vielen Beschäftigungsbereichen üblich.

"Starrköpfe" in den Gewerkschaften

Die weiße Bauarbeiter-Gewerkschaft, mit Sitz in Pretoria, hat eine wütende Kampagne gegen die angeblich illegale Beschäftigung von afrikanischen Maurern, Verputzern, Klempnern und Elektrikern durch Vertragsfirmen durchgeführt, die als Verstoß gegen den Bantu Building Workers' Act (Gesetz über die Bantu-Bauhandwerker) und die Industrial Council Agreements (Behördliche Vereinbarungen über Industriearbeit) gewertet wurde. Kontraktfirmen arbeiten mit einem ausgefeilten Sicherungssystem - unter Einsatz von Funk-sprechgeräten, Wachposten, Ausguckposten und afrikanischen Patrouillen, um ihre Vorarbeiter auf Baustellen - auf denen Afrikaner qualifiziertere Tätigkeiten ausführen, durchweg bei einem Verdienst, der um mehr als die Hälfte geringer ist als der von weißen Fachkräften - rechtzeitig vor Inspektionen durch die Industriebehörde (Industrial Council) zu warnen¹¹⁾.

Weißer Bauarbeiter erhalten einen wöchentlichen Mindestlohn von 80 Rand (ca. DM 400,-), weiterhin Ferienmarken im Werte von mehr als 15 Rand (ca. DM 75,-) die Woche, sowie medizinische Versorgung und andere Leistungen. Afrikanische Facharbeiter erhalten oft 20 Rand (ca. DM 100,-) die Woche und keine zusätzlichen Vergünstigungen.

Gert Beetge ist ein typischer 'diehard' (Starrkopf) - ein 'verkrampte', wie man in Südafrika zu sagen pflegt - d.h. ein reaktionärer Rassist, der der extremen politischen Rechten angehört und mit wilder Entschlossenheit gegenüber liberalen Tendenzen den alten Feldzug für die Reservierung aller Fachberufe nur für Weiße fortsetzt. Er ist unter anderem Sekretär der Anti-Kommunistischen Liga; vom Rest der Gewerkschaftsbewegung, darunter auch dem gemäßigeren rechten Flügel, hat er sich inzwischen isoliert. Demgegenüber erkennen einige andere

Gewerkschaftsführer zusehends, daß die Rassenschranken für die expandierende Wirtschaft überholt sind. A. Elisio, Präsident des Südafrikanischen Elektriker-Verbandes, drängte seine Mitglieder, Afrikanern eine Beschäftigung in bestimmten Berufen, die früher einzig für weiße Elektriker reserviert waren, zuzugestehen¹²⁾. Edward McCann, Generalsekretär der Vereinigten Ingenieur-Gewerkschaft und Präsident des Bundes der Metallbau-Gewerkschaften (CMBU), erklärte vor einem Seminar in Natal, daß seine Gewerkschaft keine Einwände gegen die Ausbildung schwarzer Lehrlinge habe, unter der Voraussetzung, daß sie den gleichen Lohn, gleiche Ausbildung und Beschäftigungsbedingungen wie Weiße erhielten¹³⁾.



Diese neue Richtung unter den weißen Gewerkschaftern kontrastiert augenfällig mit der in den letzten fünfzig Jahren vorherrschenden traditionellen Politik¹⁴⁾. Einer der Gründe dafür ist der sinkende Anteil der weißen Arbeiter in weiten Bereichen von Industrie und Handel. Der Anteil der schwarzen Beschäftigten in den Verarbeitungsindustrien stieg von 70 auf 77% im Zeitraum von 1961 bis 1971, während der Anteil der Weißen sank; und dies trotz der bösartigen Zugangsbeschränkungen und der Apartheid-Politik der Nationalisten.

Die Zahl der afrikanischen Lohnarbeiter in der Auto-, Metall-, Plastik- und Maschinenindustrie stieg von 81.422 auf 91.385, während die Zahl der Weißen von 32.885 auf 31.118 fiel¹⁵⁾. Ähnliche Verschiebungen fanden in der Nahrungsmittel-, Getränke-, Kleidungs- und Tabak-Industrie sowie im Verkehrs- und Nachrichtenwesen statt. Die Tendenz geht dahin, daß weiße Arbeiter von weniger zu höher qualifizierteren Beru-

fen und von da aus in Überwachungs- und Verwaltungsposten aufsteigen. Sozialer Aufstieg ist für die jüngere Generation charakteristisch. Die Söhne und Töchter von Handwerkern und angelernten Arbeitern werden von Lohn- zu Gehaltsempfängern, sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor, in technischen wie in hochqualifizierten Berufen. Weiße aus Arbeiterklassenfamilien, die zu Technikern, Überwachungspersonal und Managern aufstiegen, identifizieren sich eher mit der unternehmerischen Elite. Sie reagieren mit Ärger auf Eingriffe der Regierung in die Produktion und auf Engpässe, sei es an Arbeitskräften oder Material, die die Produktion behindern. Ihre Orientierung ist 'rational' und auf Profitmaximierung ausgerichtet. Im Unterschied zu ihren Vätern tolerieren und fördern sie sogar den Zugang schwarzer Arbeiter zu Bereichen, die bisher nur weißen Arbeitern offenstanden.

Die Rationalität der Profiterwirtschaftung

Das Klima der weißen öffentlichen Meinung hat sich zugunsten des rationalen Teils der Unternehmerschaft gewandelt. Rassische und fachliche Beschränkungen der Arbeitskräftebewegung und der Profiterhöhung werden in Frage gestellt. Die weißen Gewerkschaften, die eine der wichtigsten Interessengruppen einer Beschäftigungspolitik waren, die bestimmte Arbeitsplätze für Weiße reservierte, sind durch sinkende Mitgliederzahlen und das ständige Anwachsen der Zahl angelernter schwarzer Arbeiter geschwächt. Ein Beispiel ist die Bekleidungsindustrie von Transvaal. Die Afrikaans-sprechenden Frauen aus den ländlichen Gegenden, die in den 30er und 40er Jahren in diesen Fabriken Arbeit fanden, haben die Industrie verlassen und Farbigen und Afrikanern Platz gemacht. Einige weiße Zuwanderer aus Portugal, Italien und Griechenland arbeiteten dort in den 50er Jahren, aber auch sie wechselten zu attraktiveren oder lohnenderen Beschäftigungen über. Desgleichen verließen farbige Frauen die Bekleidungsindustrie und die Zahl der Beschäftigten sank von 8.000 auf 5.500 im Zeitraum von 1960 bis 1970. Die größte und letztlich einzig verlässliche Quelle für neue Arbeitskräfte ist daher die afrikanische Bevölkerung. Von schätzungsweise 25.000 Lohnarbeitern der Bekleidungsindustrie in Transvaal sind 18.000 Afrikaner, 6.000 Farbige und Asiaten und 900 Weiße. Die Weißen stellen nur 3,7% der Arbeitskräfte und ihr Durchschnittsalter beträgt jetzt 50 Jahre. Der durch den Physical Planning Act (Industrieansiedlungs-Gesetz) auf die Unternehmer

ausgeübte Druck hat das Wachstum von Verarbeitungsindustrien in den Grenzgebieten zu den Reservaten oder Bantustans von Natal und am Kap stimuliert. Diese Bewegung hat die Afrikanisierung in der Bekleidungsindustrie beschleunigt und es für die Gewerkschaft der Bekleidungsarbeiter von Südafrika zwingend notwendig gemacht, die afrikanischen Arbeiter, die jetzt die beherrschende Stellung auf allen Stufen, ob qualifiziert oder ungelehrt, einnehmen, zu organisieren. Diese gesetzlich anerkannte Gewerkschaft, die sich aus Farbigen und Weißen zusammensetzt, vertritt nur 28% der Arbeiter und kann ihre Interessen nur durch die Kooperation mit der nicht registrierten (afrikanischen) Nationalen Union der Bekleidungsarbeiter Südafrikas schützen. Die afrikanischen Arbeiter tragen den größten Teil zum Einkommen des Industrial Council bei, obwohl sie dort nicht vertreten sind und kein Mitspracherecht bei seinen Entschlüssen haben. Die Afrikanische Gewerkschaft arbeitet eng mit der anerkannten Gewerkschaft zusammen. Diese Verbindung erklärt, warum die letztere eine Politik unterstützt, die die Aufnahme von Afrikanern in bestehende gesetzlich anerkannte Gewerkschaften befürwortet. Es muß darauf hingewiesen werden, daß nach dem Industrial Conciliation Act afrikanische im Gegensatz zu farbigen und asiatischen Arbeitern von diesen registrierten Gewerkschaften ausgeschlossen sind, während alle Angestellten und Vorstandsmitglieder dieser 'gemischten' Gewerkschaften Weiße sein müssen. Die Regierung hat gegen die Formierung solcher gemischten Gewerkschaften sogar unter diesen beleidigenden und undemokratischen Bedingungen gearbeitet, die farbigen

und asiatischen Arbeitern die Besetzung von Ämtern und Vorstandspositionen, d.h. die Beteiligung an Führungs- und Entscheidungsprozessen, verbietet. Einige Führer der weißen Gewerkschaften, die die Verringerung der Mitgliedschaft und der Beitragseinkommen mit Mißbehagen beobachten, würden sich indes die Gewinnung neuer Mitglieder aus den Reihen der schwarzen Arbeiter, die jetzt im Begriff stehen, zur zahlenmäßig mächtigsten Abteilung der gelerten und angelernten Arbeiterschaft zu werden, nur wünschen.

Anmerkungen:

- 1) The African Communist, Nr. 53, 2/1973, S. 50-51
- 2) The African Communist, Nr. 50, 3/1972, S. 39
- 3) Meinungsumfrage der Market Research Africa, Guardian, 20.8.1973
- 4) South African International, Vol.4, Nr.1, July 1973
- 5) The African Communist, Nr. 53, 2/1973, S. 52
- 6) Postel, December 1973. Eine ähnliche Schule existiert in Umtata seit 1972
- 7) Cape Argus, 8.1.1974
- 8) Garment Worker, 16.11.1973
- 9) The African Communist, Nr. 53, 2/1973, S. 53
- 10) The African Communist, Nr. 55, 4/1973, S. 9-10
- 11) Rapport, 25.5.1973
- 12) Star, 14.5.1971
- 13) Financial Mail, 3.11.1973, S. 472-74
- 14) H.J./R.E.Simons, Class and Colour in South Africa, 1850-1950, Harmondsworth
- 15) Ninth Bi-Annual Manpower Survey, April 1971, behandelt im House of Assembly am 8.2.1973

(Quelle: The African Communist, Nr. 59, 4/1974, S. 48-60)

DOKUMENTATION issa

Facharbeiter nach Südafrika

Ein Beitrag zur Stabilisierung des Apartheid-Systems



IN ZUSAMMENARBEIT MIT

pdw progress dritte welt verlag · vertrieb · agentur

herausgegeben von: pdw, Postfach 406, 53 Bonn 1, Postfach 406, Tel. 0222/457940

issa Informationsdienst

Weiße Auswanderung nach Südafrika – Stütze für das Apartheid-Regime!

Kritische Informationen präsentiert eine Studie europäischer Organisationen über

- die Gründe Südafrikas für massive Einwanderungswerbung
- die Effekte der Einwanderung für die schwarze Bevölkerung
- die Kollaboration europäischer Regierungen bei der Werbung Südafrikas um Facharbeiter
- Aktionen gegen Auswanderung

deutsche Ausgabe 48 Seiten DM 4,00
 englische Ausgabe 260 Seiten DM 10,00
 zu bestellen bei:

issa
 informationsstelle südliches afrika e.V.
 53 Bonn 1 – Buschstr. 20

**WHITE
 MIGRATION
 TO
 SOUTHERN
 AFRICA**

Pfarrer Heinrich Werner

Die BRD-Kirchen gegen das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates

Als 1948 in Amsterdam der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) gegründet wurde (ihm gehören inzwischen nahezu alle christlichen Konfessionen und Glaubensgemeinschaften mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche an), hatte der Außenminister der USA, John Forster Dulles, wesentlichen Einfluß auf die Orientierung dieser neuen Vertretung der Weltchristenheit. Der ÖRK - auch Weltkirchenrat genannt - sollte ein Instrument der psychologischen Kriegführung gegen den Sozialismus werden. Über eine Reihe von Jahren hat er diese Funktion auch halbwegs erfüllt - u.a. auch mit der Unterstützung der Mehrheit der protestantischen Kirchen der BRD.

Kirchen der "Dritten Welt" verändern Ökumenischen Rat

Seitdem jedoch die Kirchen der "Dritten Welt" Selbstbewußtsein und innere Unabhängigkeit von den "Mutterkirchen" erlangt haben, hat sich die Orientierung des ÖRK Schritt für Schritt gründlich gewandelt. Die Entwicklung vollzog sich hier ähnlich wie in der UNO. Symptomatisch sichtbar wird dies im "Programm zur Bekämpfung des Rassismus". Bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 1968 in Upsala wurden die Weichen für dieses Programm gestellt. Eine Studientagung erarbeitete im Mai 1969 in Notting Hill bei London die Grundlagen. In den Dokumenten der Tagung heißt es:

"Der Rassismus ist kein unabänderlicher Wesenszug des Menschen. Ebenso wie die Sklaverei und andere gesellschaftliche Manifestationen menschlicher Sünde kann und muß er bekämpft werden. Vom Evangelium, von seinen Grundsätzen und Methoden her, müssen sich die Christen in diesem Kampf engagieren und dabei, wo immer möglich, mit allen Menschen, die guten Willens sind, zusammengehen... Viele religiöse Institutionen in der weißen, nördlichen Hemisphäre haben von rassenaubeuterischen Wirtschaftssystemen profitiert. Viele Kirchenglieder merken nichts vom Rassismus und sind sich auch nicht bewußt, daß ihre kirchlichen und sonstigen Einrichtungen zur Konsolidierung des Rassismus beitragen. Weil den Christen Informationen über den institutionalisierten Rassismus und die Möglichkeiten fehlen, differenzierte Strategien zur Sicherung der Gleichberechtigung der Rassen zu entwickeln, machen sie häufig nur unbedeutende und zaghafte Versuche, die Beziehungen zwischen den Rassen zu verbes-

sern. Sie tun zu wenig und das Wenige zu spät.

Wir rufen die Kirchen auf, über Wohltätigkeit, Zuwendungen und die üblichen Programme hinaus zu sachgerechtem und opferbereitem Handeln zu finden, um damit menschenwürdige und gerechte Beziehungen der Menschen untereinander zu schaffen und einen radikalen Neuaufbau der Gesellschaft voranzutreiben. Ohne daß wirtschaftliche Mittel bereitgestellt werden, um damit die Neuverteilung der politischen Macht auf ein festes Fundament zu stellen und kulturelle Eigenständigkeit sinnvoll zu machen, wird es in unserer Welt keine Gerechtigkeit geben. Bei der Beschaffung der finanziellen Mittel kann ein gemeinsamer Akt der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen ein leuchtendes sittliches Beispiel geben..."

Am 2. September 1970 bestätigte der in Arnoldshain (BRD) tagende Exekutivausschuß den Vorschlag der Internationalen Studientagung,

"die Gelder des Sonderfonds an Organisationen zu verteilen, die von unterdrückten Rassen-Gruppen errichtet oder zur Unterstützung der Opfer der Rassendiskriminierung gegründet worden sind und deren Zielsetzung mit den allgemeinen Zielen des Ökumenischen Rates... vereinbar sind. Durch diese Maßnahme sollen die Gruppen in ihrem Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit unterstützt werden..."

Zudem müssen zwangsläufig Organisationen unterstützt werden, die sich mit den Opfern der Rassendiskriminierung solidarisch erklären und identische Zielsetzungen verfolgen. Diese Zuwendungen sind an keinerlei Kontrolle über den Verwendungszweck gebunden; gleichzeitig verpflichtet sie jedoch das Programm zur Bekämpfung des Rassismus auf den Kampf dieser Organisationen für wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit. Vorrangige Bedeutung kommt den Verhältnissen in Südafrika zu, wo der weiße Rassismus offen und brutal vorgeht, und die wachsende Bewußtwerdung der Unterdrückten in ihrem Kampf um Befreiung zu verzeichnen ist."

Widerstand der westdeutschen Kirchen

In Kirchen und Öffentlichkeit der BRD erregte vor allem der Beschluß große Aufregung, daß Mittel aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms auch den Befreiungsbewegun-

gen im Südlichen Afrika wie FRELIMO (Moçambique), MPLA (Angola), PAIGC (Guinea-Bissau), SWAPO (Namibia), ZAPU (Zimbabwe) usw. zufließen sollten.

In einer "Erklärung des Rates der EKD an die Gemeinden" vom 24.9.1973 heißt es:

"Der Beschluß des Exekutivkomitees des Ökumenischen Rates der Kirchen, im Rahmen der Bekämpfung von Rassismus eine Reihe von vorwiegend afrikanischen Freiheitsbewegungen mit Geldmitteln zu unterstützen, hat in den Gemeinden und in der breiten Öffentlichkeit neben ausdrücklicher Zustimmung auch Bedenken und Widerspruch ausgelöst..."



Gegen eine mögliche EKD-Unterstützung des Antirassismusprogramms richtete sich diese Karikatur im Organ der Vorster-Partei (Transvaler, 7.8.73).

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bringt eine Reihe von Bedenken vor. Insbesondere verweist er penetrant auf den "Grundsatz der Gewaltlosigkeit" - der bei unseren Kirchen in anderen Bezügen keineswegs proklamiert wird (s. Militärseelsorgevertrag). Schließlich versteigt sich der Rat zu der Behauptung "...dem 'weißen' Rassismus tritt ein z.T. mit Nationalismus verbundener 'farbiger' Rassismus entgegen. Was kann die Christenheit tun, um alle Formen des Rassismus wirksam zu bekämpfen?"

Die Kirchenleitung der "Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Deutschlands" (VELKD) hatte schon im September 1970 erklärt: "Politische Gruppen sollen nicht mit kirchlichen Geldern gefördert werden. Ausübung von Gewalt und deren ideologische Rechtfertigung, von welcher Seite auch immer, können von der Kirche nicht unterstützt werden."

Der ehemalige Generalsekretär des ÖRK, Dr. Eugene Carson Blake, Bürger der USA, antwortete auf die Einwände der BRD-Kirchen: "Bisher lehnte der Ökumenische Rat Gewaltanwendung zur Lösung von Konflikten ab - obgleich Christen im Laufe der Geschichte oft Gewalt angewendet haben, um sich von Unterdrückung zu befreien, obgleich die Studententagung von Notting Hill die Empfehlung aussprach: Wenn alle anderen Versuche fehlschlagen, sollen

der ÖRK und die Kirchen Widerstandsbewegungen, einschließlich Revolutionen, unterstützen, die das Ziel verfolgen, politische und wirtschaftliche Tyrannei, die den Rassismus erst ermöglichen, zu stürzen. Wir müssen uns deshalb fragen: Was sollen die Unterdrückten tun, wenn die Gewalt der weißen Unterdrücker unerträgliche Ausmaße erreicht, und worin besteht unsere Verantwortung in dieser Situation?..."

Aber die BRD-Kirchen bleiben uneinsichtig und wiederholen monoton ihre "Argumente", so z.B. das Lutherische Kirchenamt:

"Der Kirche ist das Amt der Versöhnung übertragen. Sie hat mit ihrer Botschaft und ihrem Handeln die schwere Aufgabe des Zusammenführens und des Brückenbaues. Sie kann sich weder mit der Macht der Mächtigen noch mit den Gewaltmethoden der Machtlosen identifizieren. Wenn sie es dennoch tut, und sie hat es in ihrer Geschichte in Untreue gegenüber ihrem Auftrag oft genug getan, dann verliert sie die Vollmacht und verdunkelt die Botschaft von der Versöhnung. Wo sie jetzt nicht die Grenzen ihres Auftrages eindeutig fixiert, geriete sie nach allen Erfahrungen der Geschichte in einen Teufelskreis."

Das zitierte Schreiben geht sogar noch weiter, indem es dem ÖRK vorwirft, er überweise Gelder "auch an politische Terrororganisationen". Gemeint sind damit FRELIMO, MPLA, ZAPU usw.

Organisationen also, die heute bereits zum Teil Regierungsfunktionen in vom Kolonialismus befreiten Ländern ausüben.

In dem bisher Dokumentierten treten die Grundlinien des Konflikts zwischen der EKD und dem ÖRK über das Antirassismus-Programm deutlich zutage. Sie blieben im wesentlichen bis heute unverändert, wenngleich es hin und wieder zu taktischen Varianten kam, die ihre Begründung darin finden, daß die EKD sich gezwungen sah, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie weigere sich, den Rassismus effektiv zu bekämpfen.

Die EKD und BRD-Kapitalinvestitionen im Südlichen Afrika

Auf diesem Hintergrund gibt es eine Reihe halbherziger Aktionen. Als beispielsweise der Zentralausschuß des ÖRK bei seiner Tagung in Utrecht (August 1972) einen Beschluß über die Zurückziehung kirchlicher Investitionen aus dem Südlichen Afrika faßten, plädierte der Rat der EKD für einen "dritten Weg", nämlich in Verhandlungen mit Konzernen das Los der Schwarzafrikaner zu verbessern. Die EKD schrieb 84 BRD-Firmen an, die im Südlichen Afrika investiert haben. 20 antworteten. Mit 6 von ihnen - darunter AEG-Telefunken, Siemens und Henkel-International - wurden Gespräche geführt. Als Ergebnisse dieser Ver-

handlungen hielt der Rat der EKD fest:

Die "von kirchlicher Seite vorgetragenen Wünsche fanden nicht immer die Zustimmung der Firmenvertreter. Insbesondere die Frage der Unterstützung schwarzer Gewerkschaften und Investitionen in den sog. "Homelands" ohne die Vermittlung der Bantu Investment Corporation stießen auf Widerstand. - Die Bereitschaft des kirchlichen Entwicklungsdienstes der EKD zu komplementären Maßnahmen im Ausbildungsbereich bei Direktinvestitionen in den sog. "Homelands" stieß auf Interesse."

Dies besagt, daß sogar die eng begrenzten reformistischen Verbesserungsvorschläge der EKD bei den Konzernen auf Ablehnung stießen. Überhaupt nicht verwunderlich ist natürlich, daß die Konzerne daran interessiert sind, daß im Falle von Direktinvestitionen der Entwicklungsdienst der EKD bereit ist, ihnen die Kosten für die Ausbildung von Fachkräften wenigstens teilweise abzunehmen. Im Falle der Verwirklichung solcher Projekte würde allerdings der kirchliche Entwicklungsdienst ganz und gar in die Rolle eines Komplizen der bundesdeutschen Konzerninteressen fallen.

Dennoch legte der Rat der EKD im August 1973 dem Ökumenischen Rat der Kirchen einen Bericht vor, in dem er das Ergebnis der Verhandlungen mit den Konzernen als Fortschritt und Erfolg darstellte, indem er behauptete,

"daß auf diese Weise das gemeinsame Ziel des Programms zur Bekämpfung des Rassismus, nämlich der Abbau der rassistischen Diskriminierung der Schwarzen und Farbigen im Arbeitsleben eher erreicht werden kann als durch einen Aufruf zum Rückzug wirtschaftlicher Investitionen. Auch ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß ein Rückzug, wenn er dann Aussicht auf Erfolg hat, am ehesten die ohnehin benachteiligten und farbigen Bevölkerungsgruppen trifft."



Der Generalsekretär des ÖRK, Philip Potter (Mitte) und seine beiden Amtsvorgänger, Eugene Carson Blake (links) und Willem A. Visser't Hooft, wirkten in Genf am Festgottesdienst zum 25. Jahrestag der Gründung des Ökumenischen Rates mit.

Dies ist konkret eine Stellungnahme für den Kapitalexport bundesdeutscher Konzerne in die Republik Südafrika, eine Politik, die von der Bundesregierung durch Steuernachlässe für Kapitalexport in "Entwicklungsländer" gefördert und von den Konzernen im internationalen Maßstab zur Expansion ihrer Macht

gefordert und betrieben wird. Die Haltung der EKD steht im vollen Gegensatz zu den Zielen der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika, für die Kapitalinvestitionen westlicher Industrieländer und multinationaler Konzerne nichts anderes sind als praktizierter Neokolonialismus. Denn die von der EKD verteidigte Politik läuft auf jeden Fall darauf hinaus, daß die Verfügungsgewalt über die wirtschaftlichen Ressourcen in Entwicklungsländern in die Hand ausländischer Mächte gerät und gegen die Interessen der Völker gerichtet ist.

Angriffe gegen das Antirassismus-Programm

Dr. Philip Potter, dem gegenwärtigen Generalsekretär des ÖRK, ist sicherlich recht zu geben, wenn er de facto die theologischen Begründungen der EKD nicht zur Kenntnis nimmt, sondern auf den konkreten gesellschaftlichen und politischen Hintergrund solcher Stellungnahmen der EKD verweist. Die Gebundenheit an die ökonomischen Interessen der entscheidenden gesellschaftlichen Kraft in der BRD ist das wahre Problem der EKD und ihrer Mitgliedskirchen.

Die BRD-Kirchen verweigern dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms ihre Unterstützung, obwohl beispielsweise sogar die Regierungen Hollands, Norwegens und Schwedens mit erheblichen Spenden diesen Fonds unterstützen. Im Gegensatz dazu spielen die Kirchen der BRD die Rolle, sich gegen effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Unrecht einzusetzen: Sie nehmen Apartheid und Kolonialismus hin. Sie predigen den Entrechteten Gewaltlosigkeit. Das hat mit dem "Amt der Versöhnung" nichts mehr zu tun. Hier werden fremde Interessen verteidigt. Dabei machen unsere Kirchen den Versuch, ihre Rolle als Hauptfinanzier des ÖRK gegen das Antirassismus-Programm auszuspielen.

Bei der Tagung des Zentralausschusses des ÖRK in Westberlin (August 1974) kam es darüber zur Nagelprobe. Wichtigste Entscheidung dieser Tagung war die Entscheidung über die Verlängerung des Antirassismus-Programms. Dabei hat der Zentralausschuß des Weltkirchenrats seine Souveränität unter Beweis gestellt. Er hat es nicht mehr nötig, sich einem psychologischen Druck zu beugen.

Das festzuhalten ist deshalb wichtig, weil sich schon Wochen zuvor die Massenmedien der Bundesrepublik darauf eingestellt hatten, einen höchstmöglichen psychologischen Druck auszuüben, um den Weltkirchenrat von einer "einseitigen" Parteinahme für die Unterdrückten fernzuhalten. Das seit 1970 laufende An-

tirassismus-Programm war Hauptangriffspunkt der verschiedensten Blätter des Springer-Konzerns und anderer ihm nahestehender Gazetten. Es fehlte nicht an Warnungen vor einer drohenden Politisierung der Kirchen; die berühmte "Gewaltfrage" wurde immer wieder neu ins Spiel geführt. Man hat in der Bundesrepublik so getan, als sei es die Aufgabe der EKD, alles zu tun, um die Auffassungen der herrschenden Kreise in unserem Lande im Ökumenischen Rat der Kirchen durchzusetzen. Das hat die EKD in der Tat auch versucht.

Aber es geschah, was geschehen mußte: Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rats der Kirchen hat das Mandat des Antirassismus-Programms einschließlich des Sonderfonds bestätigt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland konnte sich trotz der Schützenhilfe des Springer-Konzerns und anderer publizistischer Mittel nicht durchsetzen. Der Vertreter der CDU im Zentralausschuß des Weltkirchenrats war in einer totalen Isolierung, als er als einziger die Hand gegen die Fortsetzung des Antirassismus-Programms erhob. Das Schicksal Richard von Weizsäckers in dieser Abstimmung ist symptomatisch: Die Kirchen der EKD sind in der Gefahr - trotz ihrer hohen finanziellen Leistung für den Ökumenischen Rat der Kirchen - in eine völlige Isolierung zu geraten, wenn sie nicht den Anschluß suchen und finden an die Entwicklung des Bewußtseins in der Weltchristenheit.

Dennoch hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (das höchste Beschlußgremium der protestantischen Kirche in der BRD) bei ihrer Tagung im November 1974 sich nicht entschließen können, ihre ablehnende Haltung zum Sonderfonds des Antirassismus-Programms zu revidieren.

Das hängt mit der Zusammensetzung der Synode zusammen. Ein Wortführer der Gegner des Antirassismus-Programms beispielsweise ist der Synodale Dr. Wolfgang Heintzeler. Er war von 1934-36 Mitarbeiter im Reichsjustizministerium und ist seitdem im Management der BASF beschäftigt, seit 1952 als Vorstandsmitglied. Er ist natürlich persönlich von der Kritik an den Konzernen getroffen, die im Südlichen Afrika investieren, um an dem Niedriglohn-niveau, also an der Ausbeutung der farbigen Arbeiter zu profitieren.

Solidarität mit den Völkern des Südlichen Afrika: Forderung an die Christen

Solange die Kirchen der BRD in diese Profitinteressen nationaler und multinationaler Konzerne und Banken verstrickt sind, bleibt den Christen in der BRD, die den Aufruf des

Evangeliums ernstnehmen, für die Unterdrückten, Entrechteten und Ausgebeuteten konkret Partei zu ergreifen, nichts Anderes übrig, als sich über die Kirchenleitungen hinwegzusetzen; denn die Verwirklichung der Solidarität ist eine Grundforderung an Christen.

Das Redaktionskollegium der Evangelischen Monatsschrift "Neue Stimme" und der STIMME-Verlag haben deshalb ein Sonderkonto errichtet, das ohne Abzug dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms des ORK zur Verfügung steht. In dem Spendenaufruf für dieses Sonderkonto heißt es:

"Das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrats ist seit langem ein Hauptziel der Angriffe reaktionärer Kreise in der Bundesrepublik Deutschland. Wir bedauern, daß unsere Kirchen sich von dem Einfluß dieser Kräfte nicht zu befreien vermögen. Wir können nicht hinnehmen, daß ihre Entscheidung als Auffassung aller evangelischen Christen in der BRD dargestellt wird. Wir widersprechen, weil wir vom Evangelium her widersprechen müssen. Uns genügt eine Erklärung nicht, daß man mit Rassismus nichts zu tun haben wolle. Vielmehr wissen wir uns verpflichtet, an der Beseitigung des Rassismus mitzuwirken... Wenn die Kirchenleitungen sich solcher Solidarität verweigern, so wollen wir als Gemeinden und Gemeindeglieder über sie hinweg unsere Gemeinschaft mit den unterdrückten Brüdern - vor allem im Südlichen Afrika - verwirklichen."

Obwohl das Problem der Solidarität mit rassisch Unterdrückten in den Gemeinden lebhaft diskutiert wird, hat es die Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentags nicht für notwendig befunden, es zum Gegenstand einer Veranstaltung beim 16. Deutschen Evangelischen Kirchentag (11. - 15. Juni 1975 in Frankfurt/M.) zu machen.

Deshalb sah sich der Mainzer Arbeitskreis der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) - in Zusammenarbeit dem dem Komitee "Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche" - genötigt, in einer Sonderveranstaltung dieses Thema den Kirchentagsteilnehmern anzubieten (Freitag, 13. Juni 1975, 20.00 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (ESG), Lessingstr. 2). Dabei wird mit einem Scheck das Ergebnis des Spendenaufrufs der "Neuen Stimme" einem Vertreter des Weltkirchenrats überreicht werden. Bisher sind rund 17.000 DM auf das Konto eingezahlt worden. Es ist zu hoffen, daß wenigstens 20.000 DM als Ausdruck der Solidarität mit den unterdrückten Brüdern überreicht werden können.

Wer die Aktion unterstützen möchte, überweise an:

**Bank für Gemeinwirtschaft, 65 Mainz
Sonderkonto "Antirassismus-Programm"
Nr. 10 732 222/10
Postscheckkonto der BFG Mainz, Ffm 5539-604**

Iran

Das iranische Schah-Regime gab im März d.J. auf einer Pressekonferenz in Teheran bekannt, daß ab sofort die bisher existierenden zwei Hof-Parteien durch eine politische Einheitsorganisation abgelöst würden. War in der Vergangenheit die Mitgliedschaft in den beiden Hof-Parteien freiwillig, so ist das Regime jetzt bestrebt, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln - unter Androhung von Inhaftierung, Entlassung, Nichteinstellung in den Staatsdienst und anderen Repressalien - jede noch so leise Opposition zu verunmöglichen. Denn, so der Schah:

"Wer nicht in diese politische Organisation eintritt und nicht von den von mir genannten Grundsätzen überzeugt ist, dem bleiben zwei Wege: Entweder ist er Anhänger einer illegalen Organisation, d.h. in unserer Terminologie Tudehi (Mitglied der Tudeh-Partei, der kommunistischen Partei, d.Red.), dann ist sein Platz in den iranischen Gefängnissen. Oder wenn er will, händigen wir ihm gerne morgen, sogar ohne Gebühren, den Paß aus, damit er dahin gehen kann, wohin er will. Wer nicht Tudehi ist und auch nicht von dieser Strömung überzeugt ist, der ist auch, wenn er öffentlich, offiziell und unverhüllt erklärt, daß er mit dieser Strömung nicht einverstanden ist, nicht gegen das Vaterland... Er ist in diesem Lande frei, jedoch soll er keine weiteren Erwartungen haben." (zit. nach: Erklärung des Exekutivkomitees des ZK der Tudeh-Partei, April 1973, S. 2)

Dieses Vorhaben entspricht einer weiteren Verschärfung der Unterdrückungspraktiken des Regimes und einer vollständigen Faschisierung des politischen Lebens des Landes. Denn es wird nicht nur aufs Neue die Tudeh-Partei angegriffen, sondern es werden auch in erhöhtem Maße nichtkommunistische Opposi-

tionelle bedroht und ein offenes Bekenntnis bzw. aktives Eintreten für das reaktionär-despotische Regime gefordert.

Am 19.4.1975 gaben internationale Presseagenturen die Ermordung von neun politischen Gefangenen des Schah-Regimes bekannt. Nach offiziellen Verlautbarungen wurden die Gefangenen "bei einem Fluchtversuch während der Verlegung in ein anderes Gefängnis erschossen".

Angaben von amnesty international zufolge wurden sieben dieser neun Opfer im Januar 1969 zu 8-15 Jahren Zuchthaus verurteilt und zwar wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer Organisation "mit kommunistischer Ideologie, welche sich gegen die Staatssicherheit verschworen habe". Die beiden anderen Opfer waren 1973 in einem Geheimprozeß zu hohen Haftstrafen abgeurteilt worden. Der iranische Geheimdienst (SAVAK) hatte versucht, von den Gefangenen unter Anwendung bestialischer Folterungen Loyalitätserklärungen für das Schah-Regime zu erpressen. Die neun Gefangenen widerstanden jedoch den Folterknechten und erlagen schließlich den Torturen.

Die "Konföderation Iranischer Studenten-Nationalunion" (CISNU) und das "Auslandsbüro der Demokratischen Studentenorganisation Irans" erhoben Ende April d.J. Protest gegen die unmenschlichen, faschistischen Unterdrückungsmethoden des Schah-Regimes und riefen zur Solidarität mit den politischen Gefangenen im Iran auf.

Naher Osten

Die sofortige Einberufung der Genfer Konferenz zur Durchsetzung einer dauerhaften und gerechten Friedensregelung im Nahen Osten forderten am 3. und 4. Mai 1975 in Paris die Vertreter von 18 internationalen Organisationen, Repräsentanten der Friedenskräfte aus 30 Staaten, darunter die Delegierten aus Israel und allen unmittelbar am Nahost-Konflikt beteiligten arabischen Staaten sowie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die Konferenz war vom Verbindungskomitee zur Fortsetzung der Arbeit des Weltkongresses der Friedenskräfte einberufen worden.

Nachdrücklich verurteilten die Delegierten den Versuch der USA, durch eine Politik der

Anfang Juni d.J. erscheint eine

AIB—SONDERBROSCHÜRE

zum

IRAN

Umfang: ca. 80 Seiten, Preis: 5,- DM

Vorbestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
355 Marburg, Liebigstraße 46
Tel.: 06421 - 24672

Teillösungen die gemeinsame Front der arabischen Staaten zu spalten und eine Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zu verhindern. Mit dem Scheitern der Nahost-Mission des US-Außenministers Kissinger sei diese Politik jedoch vorerst fehlgeschlagen. Der einzige Weg zu einem dauerhaften und gerechten Frieden führe daher allein über die Durchsetzung einer umfassenden Gesamtlösung des Nahost-Konfliktes.

In der Abschlußerklärung der Konferenz heißt es dazu:

"Diese Lösung ist zu erreichen über die Verwirklichung der Resolution Nr. 338 des UN-Sicherheitsrates vom 22. Oktober 1973, die den vollständigen Abzug der israelischen Kräfte aus allen seit 1967 besetzt gehaltenen arabischen Gebieten fordert und die die Sicherheit und Unabhängigkeit aller Staaten und Völker der Region garantiert sowie durch die Verwirklichung der international anerkannten Rechte des arabischen Volkes von Palästina. Frieden im Nahen Osten verlangt die Lö-

sung des Palästina-Problems, das den Kern des Konfliktes darstellt, auf der Grundlage der Resolution Nr. 3236, die im November 1974 durch die XXIX. Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde und in der das unverzichtbare Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat anerkannt wird, auf freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität, d.h. auf Errichtung einer eigenen nationalen Verwaltung."

Aufgabe der Genfer Konferenz ist es, Wege zur Durchsetzung dieser Ziele zu finden. Entscheidend ist dabei die volle und gleichberechtigte Beteiligung der PLO, als dem einzigen, rechtmäßigen Repräsentanten des arabischen Volkes von Palästina.

Die Konferenz rief die Weltöffentlichkeit dazu auf, sich nach dem historischen Sieg des vietnamesischen Volkes, jetzt verstärkt für die Verwirklichung einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung im Nahen Osten einzusetzen.

Republik Südafrika

Zum Tode Bram Fischers



Am 8. Mai verstarb Abraham Fischer, führendes Mitglied der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, an einer unheilbaren Krebserkrankung. 1966 trotz seines Krankheitszustandes vom südafrikanischen Rassistenregime zu lebenslanger Haft verurteilt, wurde ihm systematisch jede noch erfolversprechende Behandlung verweigert. Erst als eine internationale Protestkampagne, an der sich z.B. der Herzchirurg Barnard beteiligte, immer drängender die Haftentlassung Fischers verlangte, entließ ihn das Regime vor wenigen Wochen in den sogenannten "Hausarrest". Bram Fischer wurde 1908 geboren und entstammt einer alteingesessenen und angesehenen weißen Familie. Nach dem Jurastudium

hätte ihm eine glänzende politische Karriere offengestanden: Er schlug sie aus, trat in den dreißiger Jahren der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (KPSA) bei und wurde einer der bedeutendsten Anwälte der Rechte der unterdrückten farbigen Bevölkerungsgruppen, auch nach der Illegalisierung der Kommunistischen Partei im Jahre 1950. Seiner brillanten Prozeßführung z.B. verdankten die Führer des African National Congress of South Africa (ANC), Nelson Mandela, Walter Sisulu u.a., daß das Rassistenregime in einem von 1956 bis 1960 dauernden Prozeß seine Forderung nach Todesstrafe nicht durchzusetzen vermochte. Wachsenden Verfolgungen ausgesetzt, mußte er ab 1964 in den Untergrund gehen, dessen Arbeit er bis zu seiner Verhaftung mit leitete. Die Anklage gegen ihn - Mitgliedschaft in der KPSA, "konspirative Sabotage", Verletzung von Kautionsbedingungen - war ein Hohn auf jede Rechtsstaatlichkeit und charakterisiert das weiße Minderheitsregime.

"In der Zurückweisung aller Gesuche, Fischer aus der Haft zu entlassen", schrieb der "African Communist", "drückt sich die Furcht des Vorster-Regimes aus nicht nur vor Fischer, sondern vor dem Kommunismus, in dessen Dienst er sein Leben stellte", und: "Durch seine unmenschliche Brutalität in diesem Falle wie in anderen wird die Nationalisten-Regierung lediglich immer breitere Kreise der Völker Südafrikas und der ganzen Welt zu der Überzeugung bringen, daß es mit der Apartheid keinerlei Kompromiß geben kann und keine Rast, bis dieses bösertige Regime vom Erdboden gefegt worden ist".